

Landesinfo Baden-Württemberg



Landtagswahl 2016 LINKE läuft sich warm	S. 3
Flüchtlingspolitik Regierung re- agiert zu spät	S. 10
Kampagne startet „Das muss drin sein“	S. 12
Kommunales Sozialticket • Wohnen • Krankenhaus	S. 14
Friedenspolitik 9. Mai und Ostermarsch	S. 20
Griechenland-Solidarität T. Paraskevopoulos von Syriza zu Besuch im Land	S. 23

Inhalt

■ ■ ■ ■	Wahlkreisversammlungen zur Landtagswahl	4
■ ■ ■ ■	NSU-Untersuchungsausschuss im Landtag: Ermittlungsspannen	7
■ ■ ■ ■	Karlsruhe: AfD funktioniert für rechte Gruppierungen	8
■ ■ ■ ■	LINKE Brandenburg und Thüringen: Jeder Mensch ist willkommen	10
■ ■ ■ ■	Prekäre Beschäftigung ist unsozial	13
■ ■ ■ ■	Stuttgart Regional- und Kreisräte gemeinsam für Sozialticket	14
■ ■ ■ ■	Linke Kreisräte organisieren Bündnis für Rettung des Vaihinger Krankenhauses	15
■ ■ ■ ■	Sindelfingen: Daimler fordert 62 Millionen Euro Rückzahlung	17
■ ■ ■ ■	Friedenspolitik: 9 Mai in Stuttgart	20

Das nächste Landesinfo erscheint im Juli 2015

Redaktionsschluss für das Landesinfo 2/2015 ist der 6. Juli 2015.

Bezug: Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint vier- bis fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Beilagenhinweis: „Klar“, Zeitung der Bundestagsfraktion DIE LINKE und Landeszeitung

Herausgeber und Verlag: DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@die-linke-bw.de

Redaktion: Walter Kubach (letzte Seite), Alfred Küstler, Matthias Paykowski, David Schecher, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit (verantwortlich), und Dagmar Uhlig. Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Herstellung: GNN Verlagsgesellschaft, e-mail: alfred.kuestler@gnn-verlage.com

Druck: Kössinger AG, 84069 Schierling



LINKE unterstützt Erzieherinnen und Erzieher: sie streiken für uns alle

Zum landesweiten Streik im Sozial- und Erziehungsdienst am Montag, 20. April in Stuttgart erklärte **Landessprecher Dirk Spöri**:

„Die Kolleginnen und Kollegen im Sozial- und Erziehungsdienst streiken für uns alle. Ihre Berufe sind verantwortungsvoll, arbeitsintensiv, aber schlecht bezahlt. Überwiegend arbeiten hier Frauen, oft in Teilzeit. Eine Aufwertung dieser Berufe ist dringend nötig und verdient volle Solidarität“, so Dirk Spöri, Landessprecher der LINKEN. Spöri fordert Dieter Salomon, den Freiburger Oberbürgermeister und Verhandlungsführer im Land, auf, die Beschäftigten ernstzunehmen: „Soziale Dienstleistungen sind gesellschaftlich notwendig. Wir brauchen gute Kitas und müssen uns diese auch leisten können. Für Großprojekte wie Stuttgart 21 Milliarden zu versenken und an den Kitas zu sparen ist die falsche Priorität.“

Michael Schlecht (MdB) nahm an der Kundgebung am 20. April in Stuttgart teil: „Gewerkschaftliche Streikaktionen sind notwendig. Zu niedrige Löhne, ein hoher Anteil von Teilzeitbeschäftigungen und Befristungen sowie Personalmangel an allen Ecken und Enden; das ist die Situation. Die Ursache ist hausgemacht und politisch gewollt. In den letzten Jahren wurden die superreichen Millionäre und Milliardäre auf Kosten der Staatskasse geschont. Jetzt fehlt angeblich das Geld und die Politiker, die das veranlasst haben, jammern. Das lassen sich die Beschäftigten zu recht nicht gefallen. Es gibt aber eine Lösung, die von der Ursache her denkt: Ran an die privaten Millionen und Milliarden durch Wiederinkraftsetzung der Vermögenssteuer. DIE LINKE fordert schon seit Jahren eine fünfprozentige Millionärssteuer. Jeder Euro über einer Million sollte mit fünf Prozent belastet

werden. Diese Steuer ist eine Ländersteuer und könnte genau dort eingesetzt werden, wo sie jetzt so dringend gebraucht wird“, so Michael Schlecht abschließend.

Emanuel Peter, Stadtrat der Linken in Rottenburg, schrieb am 26. März im Schwäbischen Tagblatt, Tübingen:

Erzieherinnen „kümmern sich um das Wertvollste in unserer Gesellschaft, um unsere Kinder“. So begründete Ernst Blinzinger (IG Metall) seine Unterstützung für dem Warnstreik, dem in Tübingen 500 Erzieherinnen aus 53 von 77 Kitas folgten. Obwohl sich die Anforderungen an sie seit 1991 stark erhöht haben, wurden die Tätigkeitsmerkmale für das Berufsbild nicht angepasst. Seit dem Orientierungsplan, in Rottenburg seit 2008 gültig, ist das alte Berufsbild einer „Betreuung“ in Kitas hinfällig. Denn der Plan verlangt schriftliche Entwicklungsberichte, eine Dokumentation für jedes Kind, viele Team- und verpflichtende Elterngespräche. Verhaltensauffälligkeiten müssen behandelt werden, Sprachförderung wird auch bei vielen deutschen Kindern immer wichtiger. Längst tragen alle Kräfte in einem Team für diese Aufgaben gemeinsame Verantwortung.

Doch trotz sprudelnder Steuereinnahmen haben die öffentlichen Arbeitgeber in der dritten Verhandlungsrunde wieder kein Angebot gemacht, sondern verlangen sogar drastische Kürzungen bei der VBL-Betriebsrente. Eine Provokation! 90 Prozent der ErzieherInnen erhalten erst im vierten Ausbildungsjahr einen Lohn, vorher müssen sie den Eltern auf der Tasche liegen. Ihre Einstufung im ersten Berufsjahr ist sehr unterschiedlich: In Tübingen liegt sie in städtischen Kitas generell in Stufe 6, in Rottenburg nur in Stufe 4. Rottenburg „erspart sich“ damit jährlich 500.000 Euro. Während protestantische Kitas die

Spaltung in Erst- und Zweitkräfte längst beseitigt haben und generell mit S 6 einstellen, wird in katholischen Kitas sogar nur in Stufe 3 eingestellt. 60 Prozent der Erzieherinnen müssen in Teilzeit arbeiten, obwohl viele gern eine volle Stelle hätten. Von diesem Lohn kann man keine Familie gründen, Altersarmut ist absehbar.

Laut der DGB-Studie „Familienernährerinnen“ ist die Frau inzwischen in jedem vierten Mehrpersonenhaushalt die Haupternährerin. So wie die Erzieherin Sabine Knapp, 45 Jahre, drei Kinder, die in Vollzeit 2.195 Euro brutto verdient. Davon müssen fünf Personen leben. Mit diesen Niedriglöhnen in Sozialberufen muss Schluss sein: An ausreichend Stellen und angemessener Bezahlung zeigt sich, was uns Erziehung wert ist!

Leserbrief zu den Tagblatt-Artikeln am 19.3. Ver.di-Warnstreikaktionen, Titelseite und Reutlinger Blatt.

Linke Stadträte: Bessere Eingruppierungen müssen drin sein: Linke Gemeinderäte und Kreisräte in Tübingen, Rottenburg und Reutlingen solidarisierten sich in örtlichen Medien mit den Warnstreikaktion der Erzieherinnen und Sozialdienste. Jessica Tatti, Stadtratskollegin in Reutlingen, machte deutlich,



dass uns diese Solidarität wichtig ist: die ErzieherInnen fordern faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen und eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben! Es darf nicht hingegenommen werden, dass hochqualifizierte Erziehungsarbeit in Kitas und Schulen, die meist von Frauen ausgeübt wird, schlechter bezahlt wird als die von KFZ-Mechanikern. Die Arbeitssituation in den sozialen und betreuenden Berufsfeldern ist oft miserabel. Die Gehälter sind niedrig, die Teilzeitquote und Verantwortung dagegen ist besonders hoch.

Gerlinde Strasdeit, Fraktionsvorsitzende der vierköpfigen Stadtratsfraktion in Tübingen: „Es wäre schön, wenn sich auch KollegInnen anderer Fraktionen da eine Spur solidarischer zeigten. Möge niemand behaupten, die Forderungen der Gewerkschaft Verdi wären nicht finanzierbar. Es braucht eine gerechtere Besteuerung der Spitzeneinkommen und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.“

Guter Trend für DIE LINKE in Baden-Württemberg

„Es gab eine erste Fünf-Prozent-Umfrage für DIE LINKE zur Landtagswahl: Umfragen sind noch keine Ergebnisse, aber die Zahlen von Infratest dimap zeigen, dass unser Einzug in den nächsten Landtag von Baden-Württemberg in den Bereich des Wahrscheinlichen gerückt ist. Wir werden in allen 70 Wahlkreisen Kandidatinnen und Kandidaten aufstellen und in den kommenden zwölf Monaten hart dafür arbeiten, die Fünf-Prozent-Hürde zu knacken“, so Bernhard Strasdeit, Landesgeschäftsführer der LINKEN.

DIE LINKE fehlt im Landtag

Wir erarbeiten gerade ein Landtagswahlprogramm mit den Schwerpunkten soziale Gerechtigkeit, mehr Demokratie und sozialökologischer Umbau. Statt des erhofften Politikwechsels haben uns Grüne und SPD eher einen Personalwechsel beschert. Zentrale Wahlversprechen wurden nicht eingehalten: gebührenfreie Kitas: Fehlanzeige; Direktwahl der Landräte (Koalitionsvertrag Seite 61): Fehlanzeige. Umfassende Aufklärung des Fehlverhaltens von Behörden im Zusammenhang mit den rassistischen NSU-Morden: auch Fehlanzeige. Stuttgart 21 wird auf Kosten der Bahn in der Fläche gebaut. Humane Flüchtlingspoli-

tik: insbesondere die Grünen haben versagt in diesem Bereich und ihre Grundsätze über Bord geworfen. Bei Pflege und Gesundheit erleben wir einen neuen Investitionsstau; das Bildungssystem ist ein Flickenteppich. Niedriglohnbereich, prekäre Lebens- und Arbeitsverhältnisse, Mangel an bezahlbarem Wohnraum und Kinderarmut sind bedrückende Probleme im reichen Baden-Württemberg.

Ministerpräsident Kretschmann (Grüne) und Wirtschaftsminister Nils Schmid (SPD) stellen die „Schwarze Null“ über alles und verweigern den Kommunen ausreichend Mittel für sozialen Wohnungsbau und Flüchtlingsunterbringung. Entgegen den Wahlversprechen ihrer Parteien lehnen die Spitzen der Landesregierung eine gerechtere Besteuerung der Reichen und Superreichen ab. Stattdessen präferieren sie neue Privatisierungsmodelle in der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Soziale Politik ist Mangelware im Landtag. SPD und Grüne halten sich die Türen für eine zukünftige Koalition mit der CDU jeweils weit offen.

Wir wollen keinen Rechtsruck im Landtag. Deshalb braucht es zukünftig DIE LINKE in der Landespolitik, unabhängig von Regierungskonstellationen.

Wohnungspolitische Bilanz der SPD im Land ist katastrophal

Regierungsprogramm nannte die SPD ihr Landtagswahlprogramm 2011, fest verbunden mit dem Vorsatz, die darin geschriebenen Sachen auch umzusetzen. Vergleicht man zum Themenbereich „Mieten- und Wohnungspolitik“ Wunsch und Wirklichkeit, ist die Bilanz der SPD katastrophal. In einem der zentralen Felder der Landespolitik hat die Regierung auf ganzer Linie versagt.

Aus dem SPD-Regierungsprogramm: *„Es müssten jährlich ca. 50 000 Wohneinheiten gebaut werden, um eine angemessene und bezahlbare Wohnraumversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Die schwarz-gelbe Realität sieht anders aus. Seit Jahren liegt die jährliche Fertigstellungsrate deutlich darunter, inzwischen wird nur noch die Hälfte der pro Jahr benötigten Wohnungen gebaut.“*

Die Zahl der fertiggestellten neuen Wohnungen hat sich auch unter einem SPD-Minister kaum verändert. Mit 28.900 Wohnungen in 2013 liegt man weit unter dem angestrebten Ziel und nur marginal über den Zahlen der schwarz-gelben Regierung. (Quelle: www.statistik-bw.de/Pressemitt/2014184.asp?201405)

Aus dem SPD-Regierungsprogramm: *„Die Folge: die Wohnkosten im Land explodieren. Das werden wir ändern. Wir werden die Wohnraumförderung des Landes von knapp 50 auf 100 Millionen Euro im Land verdoppeln.“*

Fakt ist, die Wohnkosten explodieren weiter, die SPD hat hier nix geändert.

Zwar wurden die Fördermittel erhöht, sie bleiben allerdings weitgehend wirkungslos, da sich in Zeiten von Niedrigzinsen auf dem Finanzmarkt Geld zu einfacheren Konditionen besorgen lässt, und viele Wohnbauer hier zuschlagen. Die Steuerungswirkung im Bereich des sozialen Wohnungsbaus ist über die aktuelle Ausgestaltung der Förderpolitik des Landes gering. 42 Millionen Euro von diesen Mitteln stammen übrigens aus dem Bundeshaushalt.

Aus dem SPD-Regierungsprogramm: *„Ein Großteil der Mittel wird in die Förderung des Mietwohnungsbaus fließen, insbesondere in den Groß- und Hochschulstädten.“*

Auch hier ist die Realität leider eine andere. Der Großteil der abgerufenen Fördermittel wurde im Bereich der Eigentumsförderung benutzt, also nicht für

den Mietwohnungsbau. In 2013 wurden beispielsweise ganze 90 Mietwohnungen im Gegensatz zu stolzen 1336 Eigentumswohnungen gefördert. Die Zahlen stammen aus der Landtagsdrucksache DS 15/6092.

Aus dem SPD-Regierungsprogramm: „Dadurch wird sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt in Baden-Württemberg vor allem für Menschen mit kleinem Geldbeutel entspannen.“

Mit diesem Satz schließen die wohnungspolitischen Aussagen des „Regierungsprogramms“ der SPD. Misst man die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen an diesem Anspruch, muss man sagen, die Landesregierung hat auf dem Feld der Wohnungspolitik vollkommen versagt. Die Situation hat sich weiter verschärft. Die Ursachen liegen auf der Hand. Weder wurden Maßnahmen ergriffen, öffentliche Wohnungsbauer direkt zu fördern, z.B. über die günstige Abgabe von Liegenschaften aus Landes- und Bundesbesitz, noch hat man rechtzeitig versucht, die bestehenden Förderprogramme dem Bedarf anzupassen und zu optimieren, oder in andere wirkungsvollere Maßnahmen

umzuleiten. Ein finales I-Tüpfelchen in Sachen gescheiterter Wohnungspolitik

war der Verkauf der LBBW-Immobilienpartie an den Wohnungsverwerter Patrizia (jetzt Südewo). Die SPD (und die Grünen) haben im Aufsichtsrat der LBBW dem Verkauf an das rein renditeorientierte Konsortium zugestimmt, obwohl im Koalitionsvertrag eine soziale Lösung versprochen wurde. Die hier verhandelte „Sozialcharta“ ist – beiläufig erwähnt – ein schlechter Scherz.

Es ist an der Zeit, gegenzusteuern. Dazu muss wieder direkt in den Bau von bezahlbarem Wohnraum in öffentlichem Besitz investiert werden. Die Vergabe öffentlichen Baulands muss an eine Garantie für dauerhaft günstige Mieten gekoppelt werden. Kommunale sowie genossenschaftliche Wohnbaugesellschaften müssen steuerlich entlastet werden, damit sie dauerhaft günstige Mieten, bzw. Kostenmieten, anbieten können. Dafür steht derzeit nur DIE LINKE.

Gregor Mohlberg, Mitglied im Landesvorstand

Wahlkreisversammlungen zur Landtagswahl

Der Landesvorstand empfiehlt den Kreisverbänden, die Nominierungsversammlungen für die Landtagswahl in den 70 Wahlkreisen bis September 2015 abzuschließen. In jedem Wahlkreis müssen 150 Unterschriften von wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern gesammelt werden. Die Einladung zu den Wahlkreisversammlungen erfolgt entsprechend dem Landeswahlgesetz. Stimmberechtigt sind jeweils die bei der Landtagswahl wahlberechtigten Mitglieder im Wahlkreis. Die BewerberInnen müssen in Baden-Württemberg den Hauptwohnsitz und das Wahlrecht haben. Da es bei dieser Wahl keine Landeslisten gibt, haben die Kandidatinnen und Kandidaten in den Wahlkreisen eine wichtige Bedeutung. Zuständig für die Einladungen sind die Kreisvorstände in Absprache mit dem Landesvorstand. Für die Durchführung der Versammlungen sind den Kreisverbänden eine Handreichung und die notwendigen Formblätter zugegangen. Um alle wahlberechtigten Mitglieder im jeweiligen Wahlkreis postalisch zu erreichen, werden die Listen der jeweils stimmberechtigten Mitglieder mit dem Landesbüro abgestimmt.

Kriterien für die Bewerberinnen und Bewerber für die Landtagswahl

Der Landesvorstand empfiehlt den stimmberechtigten Mitgliedern in den Wahlkreisen folgende Kriterien für die Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten.

1. Möglichst guter Bekanntheitsgrad im Wahlkreis. Bisherige Arbeit und Anerkennung z.B. in kommunalen, sozialen, gewerkschaftlichen, antifaschistischen, feministischen, ökologischen, internationalistischen, antimilitaristischen oder kulturellen Zusammenhängen – überregional oder vor Ort.
2. Politische Qualifikation in mindestens einem Politikbereich der Landespolitik und Bereitschaft, die inhaltlichen Aussagen des Wahlprogramms im Landtagswahlkampf öffentlich zu vertreten.
3. Fähigkeit zu kommunikativem Verhalten und öffentlichem Auftreten. Bereitschaft, bei der Vorbereitung des Landtagswahlkampfes mitzuarbeiten, an einem Seminar für Wahl-

kreiskandidatinnen teilzunehmen und im Wahlkampf aktiv zu sein.

4. Beruflicher und privater Werdegang, der den Grundsätzen der Partei nicht widerspricht.

5. Fähigkeit und Bereitschaft zur parlamentarischen Arbeit und zur Unterstützung der außerparlamentarischen Arbeit auf Grundlage des Programms der LINKEN, der Landesatzung und des auf dem Landesparteitag zu beschließenden Wahlprogramms.

6. Aktive Unterstützung der Arbeit des Kreisverbandes und Landesverbandes der Partei DIE LINKE. Unterstützung bei der Gewinnung neuer Mitglieder, Unterstützung des Jugendverbands und Achtung der Pflichten von MandatsträgerInnen in der Landessatzung. Positive Haltung zum linkspluralen Charakter der Partei, Befürwortung der Geschlechterdemokratie.

7. Bereitschaft zur Bündnisarbeit mit Gewerkschaften, mit demokratischen und sozialen Verbänden und Bewegungen im Land.

8. Keine Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen und rassistischen Parteien und Gruppierungen, innerhalb und außerhalb des Landtages.

9. Geschlechterdemokratie beachten: Ziel ist es, dass die zukünftige Landtagsfraktion zur Hälfte aus Frauen besteht. Da es bei der Landtagswahl keine Landesliste gibt, sondern in Wahlkreisversammlungen nominiert wird, ist die Quotierung nicht über die Wahlordnung gewährleistet. Insbesondere Kreisverbände, die für mehrere Nominierungen zuständig sind, sollten deshalb ausreichend weibliche Bewerberinnen berücksichtigen.

10. Bereitschaft, als MandatsträgerIn ein Wahlkreisbüro in der Region zu unterhalten und personell gut auszustatten. Die Abgeordnetenressourcen sollen für parlamentarische Arbeit im Wahlkreis und darüber hinaus im gesamten Bundesland Baden-Württemberg eingesetzt werden. Bereitschaft, für die Partei eine Mandatsträgerspende entsprechend Finanzordnung zu leisten. *Beschluss des Landesvorstandes; 20.4.2015*

Lücken im Landespersonalvertretungsgesetz

Der folgenden Artikel ist dem Info des Gesamtpersonalrats (GPR) der Stadt Stuttgart „Zur Sache“ vom Dezember 2014 dankend entnommen. Er zeigt deutlich eine der Lücken des neuen Landespersonalvertretungsgesetzes der Grünen-SPD-Landesregierung auf: Die Zahl der Freistellungen für die Personalräte wurde erhöht, was sehr zu begrüßen ist, aber die Dienststellen, aus denen die freigestellten Personalräte stammen, bekommen nicht in voller Höhe Personal zum Ersatz. So auch in Stuttgart. Die Verwaltung wollte die Stellen der zusätzlich freigestellten Personalräte nicht ersetzen. Die Fraktionen LINKE-SÖS-Grüne und SPD erreichten einen Kompromiss – siehe unten – aber keine volle Nachbesetzung. Dieses Gesetz bedarf dringend der Nachbesserung!

Gertrud Moll, LAG Betrieb und Gewerkschaft

Der Gemeinderat (Stuttgart) hat die von Referat AK geplante Nichtbesetzung der zusätzlichen Freistellungen der Örtlichen Personalräte nicht akzeptiert. Mit eindeutigen Plädoyers einiger Fraktionen wurde dem Plan der Verwaltung, auf Arbeitsverdichtung statt Stellenschaffung zu setzen, eine Absage erteilt.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 4.12.2014 mit einer Kompromisslösung eine weitgehende Nachbesetzung der Personalratsfreistellungen beschlossen. Demnach werden nun von insgesamt 14,6 benötigten Stellen 10,275 Stellen nachbesetzt.

Entsprechend der Beschlussvorlage von Referat AK (GRDrs 671/2014) werden die 3 zusätzlichen Freistellungen der Mitglieder des Gesamtpersonalrats in den jeweiligen Ämtern nachbesetzt.

Für die Örtlichen Personalräte (ÖPR) sah diese Vorlage lediglich eine Nachbesetzung der Stellen vor, wie sie nach dem alten Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) vorgesehen waren. Durch die verbesserte Freistellungsregelung des neuen LPVG, entstand bei den ÖPR's ämterübergreifend ein Stellenmehrbedarf von 11,6 Stellen. Der Kompromissvorschlag, welcher von der Gemeinderatsfraktion der Grünen vorgeschlagen wurde, beinhaltet nun eine Nachbesetzung von 7,275 der benötigten Stellen.

Dem engagierten Auftreten der Fraktionen SPD und SÖS-Linke-PluS ist es zu verdanken, dass nicht nur die wertvolle Arbeit der Personalräte herausgestellt wurde. Sie haben mit ihrer klaren Haltung auch die Interessen der Beschäftigten vertreten und die volle Nachbesetzung der Stellen gefordert. Jeglichem Ansinnen auf Arbeitsverdichtung zu setzen wurde eine Absage erteilt. Für die vollständige Nachbesetzung haben

sich auch die FDP und die Freien Wähler entschieden. Lediglich die CDU wollte dem Verwaltungsvorschlag folgen, dass eine Nachbesetzung aus finanziellen Gründen abzulehnen und deshalb die zusätzliche Arbeit von den Kolleginnen und Kollegen der betroffenen Arbeitsbereiche durch Arbeitsverdichtung zu erbringen sei. Scharfe Kritik richtete die CDU an die Landesregierung als Gesetzgeber, da das Gesetz als kostenneutral ausgewiesen wurde. Dieser Kritik schloss sich auch Oberbürgermeister Fritz Kuhn (Grüne) an. Wie nun dieser Kompromiss in den Ämtern umgesetzt werden kann, wird vor Ort mit den zuständigen Personalvertretungen geklärt werden müssen. Der GPR wird sich auch weiterhin für die Nachbesetzung der verbliebenen 4,325 Stellen einsetzen. Die nächste Möglichkeit diese Stellen zu schaffen sind die Stellenplanberatungen im Herbst 2015 zum Doppelhaushalt 2016/2017.

Bildung geht sozial

Ein Jahr vor den Landtagswahlen werden die bildungspolitischen Debatten im Land schärfer. Die CDU, deren jahrzehntelange Alleinherrschaft im Kultusministerium die Modernisierung des Bildungswesens blockierte, glaubt mit der verbreiteten Unzufriedenheit punkten zu können, ohne für glaubwürdige Alternativen zu stehen. Klar ist: die Regierung Kretschmann hat Reformblockaden gelockert. Doch ist unsere Bildungslandschaft sozialer, gerechter, transparenter geworden? Wurden Disparitäten nur verlagert, etwa von der

CDU lädt nur Arbeitgebervertreter ein

Mindestlohn verteidigen, nicht aufweichen

„Es ist eine Frechheit, wenn der Deutsche Gewerkschaftsbund nicht zu einer Anhörung der CDU-Landtagsfraktion zum Mindestlohngesetz eingeladen wird“, so Michael Schlecht, wirtschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Der CDU-Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten Wolf muss noch lernen, dass es vollkommen unangemessen ist, zu solch einem Thema nur Arbeitgebervertreter einzuladen. Vollkommen zu Recht protestiert jetzt der DGB-Landesvorsitzende Nikolaus Landgraf. Das Mindestlohngesetz hat große Lücken, die durch die Erfahrungen der Gewerkschaftsvertreter geschlossen werden können. Und Michael Schlecht weiter, „ich verlange von den Regierungsparteien Grüne und SPD in Baden-Württemberg, dass sie den Mindestlohn offensiv verteidigen.“

Hauptschule zur Realschule? Wird sich die Förderung von Kindern aus Migrationsfamilien schon deshalb verbessern, weil sie nun auf „höheren“ Schulen angemeldet werden? Wird gar soziale Spaltung in die Schule geholt wie bei den doch wohl verfassungswidrig kostenpflichtigen Unterrichtsangeboten der Ganztagsgrundschule? Ist die Zukunft der GMS als gleichwertigem Bildungsgang mit Oberstufe gesichert? Wird sie mit Erwartungen überlastet, etwa der, die Inklusion alleine zu stemmen? Und die Ganztags-Grundschule – nach den Hochschulen – zum zweiten Einfalltor prekärer Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst?

Eine Bestandsaufnahme versuchte die Rosa-Luxemburg-Stiftung bei ihrer prominent besetzten Tagung „Bildung geht sozial“. Eröffnet wurde die Tagung von **Bernd Riexinger**, der eine sozialere Ausrichtung der Bildung einforderte. **Carolin Butterwege** von der Uni Köln führte in den Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Bildung ein und verwies darauf, dass Baden-Württemberg bei den Ganztageschulen Nachholbedarf hat und die Gebührenfreiheit in diesem Bereich unterlaufen wird.

Doro Moritz, die Landesvorsitzende der GEW, bewertete die Bildungspolitik. Nur durch massive Proteste der GEW sei Kretschmanns Stellenstreichungsprogramm gestoppt worden. Die Grundschulen seien weiterhin sehr

Mehr Lust statt Frust: Gemeinsam gut lernen.

2016 DIE LINKE. in den Landtag!

www.die-linke-bw.de
www.facebook.de/dieLinkeBw

knapp versorgt, etwa bei Vertretungslehrkräften und im Ganztags, wo nur eine Minimalversorgung gewährleistet sei. Unzufrieden zeigte sie sich mit der Umsetzung der Gemeinschaftsschulen, für die kein Konzept vorliege, so dass private Stiftungen (z.B. Würth, Lidl) Fortbildungsmaßnahmen finanzierten. Die Landesregierung habe die richtigen Dinge angepackt, aber inkonsequent umgesetzt, so dass ihr jetzt ein heftiger Gegenwind von einer erzkonservativen Fronde entgegenwehe. Auch die GEW werde von diesen Gruppen massiv angegriffen und als „Pädophilengewerkschaft“ beschimpft.

Dr. Joachim Friedrichsdorf, Rektor der Geschwister-Scholl-Schule Tübingen, stellte die Vorteile der Gemeinschaftsschule dar; die Mischung von Schülern mit Hauptschulempfehlung und solchen mit Gymnasialempfehlung, so seine Erfahrung, nutze beiden Gruppen und hebe beider Niveau. Doch nur mit einer wirklichen Vielfalt und mit gymnasialer Oberstufe könne die GMS ihre Chancen nutzen – nicht in Konkurrenz zu Realschule und Gymnasium. Er beklagte mangelnde Unterstützung etwa bei Finanzmitteln für alternative Unterrichtsmethoden, bei der Softwareunterstützung und der Lehrkräftefortbildung.

Gökay Akbulut, Mannheim Stadträtin der Linken, unternahm eine Bestandsaufnahme von Migration und Bildungspolitik im Land. Es sei nicht akzeptabel, dass 32% der jungen Migranten ohne Ausbildung seien. Unzufrieden zeigte sie sich mit der Förderung von Flüchtlingskindern, für die es keinen flexiblen Zugang zum Bildungssystem gebe. Eine Vorbereitung der Lehrkräfte auf den Umgang mit den oft traumatisierten Kindern fehle fast völlig, die Gruppen in den „Vorbereitungsklassen“ mit 24 angesichts der Probleme viel zu hoch.

Rosi Hein, bildungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, beklagte, dass das SGBII-Bildungspaket die Chancen kaum verbessere. Sie beklagte das Kooperationsverbot, das es dem Bund regelrecht verbiete, Bildung mitzufinanzieren und verlangte die Abschaffung im Rahmen einer „Gemeinschaftsaufgabe Bildung“. Auch **Michael Schlecht** verwies darauf, dass 46 Milliarden Euro zusätzlich notwendig seien, um die anstehenden Reformen zu finanzieren. Er warnte davor, dass weiterhin 3.200 Lehrstellen im Landeshaushalt als zu streichen vorgesehen seien.

In Arbeitsgruppen wurde die Situation der Beschäftigten in Kitas und Hochschulen dargestellt. Jan Bleckert (Verdi) kritisierte die massive prekäre Beschäftigung an Hochschulen. Jana Seppelt (Verdi) betonte die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Aufwertung der Erzieherinnenarbeit und beschrieb die Zie-

le der anstehenden Tarifaufeinandersetzung. Petra Kilian (GEW) verwies auf die Notwendigkeit einer qualitativ guten pädagogische Arbeit an Kitas – auch der Sprachförderung von Migranten.

Die Tagung machte deutlich, dass ohne eine hörbare linke Stimme in der Bildungspolitik die Gefahr einer reformfeindlichen Mobilisierung der Unzufriedenheit groß ist. Eine Audiodokumentation der Vorträge findet sich auf der Homepage der RLS Baden-Württemberg.

Erhard Korn

Mobilität für alle – aber wie?

Seminar in Friedrichshafen

Unter diesem Thema stand das verkehrspolitische Forum am 11.04 in Friedrichshafen, zu dem die Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden Württemberg, das Forum Linke Kommunalpolitik Baden-Württemberg, die Vereinigten Verkehrsiniciativen Bodensee und Annette Groth, MdB, eingeladen hatten.

Annette Groth stellte den Zusammenhang zwischen Klimawandel und kapitalistischer Produktionsweise her. Sie kritisierte – auch mit Hinweis auf das neue Buch von Naomi Klein „Kapitalismus vs. Klima“ – das neoliberale Konzept des „Marktfundamentalismus“, das neben Privatisierung und Deregulierung für grenzenlosen Konsum und ständiges Wachstum steht. Angetrieben überwiegend von fossilen Energien begründet dieses System die Macht der fossilen Brennstoffindustrie mit den bekannten katastrophalen Folgen: Explosion der CO₂-Emissionen, umweltzerstörernde Energiegewinnung wie Fracking, Ölsand-Förderung, Arktis- und Tiefseebohrungen usw.

Winfried Wolf, Autor und Journalist, formulierte grundsätzliche Kritik an der auto-dominierten Mobilität am Beispiel des Güter- und Flugverkehrs. Irrationale Entwicklungen (Beispiel: Deutschland importiert heute gleich viel Tierfutter, wie es exportiert) führten zu einer Verdoppelung der Transportintensität in den letzten 20 Jahren und damit nicht nur zu steigenden Gefahren für Klima und Umwelt, sondern auch für den Menschen: Pro Jahr werden heute in der EU ca. 48.000 Menschen im Straßenverkehr getötet und 10 Millionen schwer verletzt. Mögliche Alternativen, wie die Organisation der Mobilität über die Schiene, scheitern am Widerstand der großen Automobil- und Flugverkehrsindustrie mit ihren weltweiten Expansionsstrategien. Selbst die Deutsche Bahn expandiert im Nicht-Bahn-Geschäft, wie z.B. im Flugverkehr und auf dem Fernbusmarkt. Dort konkurriert sie mit privaten Konkurrenten parallel zu eigenen, gut befahrenen Fernbahnlagen, anstatt Lücken im Regionalverkehr und in der in der Fläche zu schließen. So bleiben die Menschen an den Rändern der Metropolen, schlecht verdienende und ältere Menschen immer weiter von bezahlbarer Mobilität ausgeschlossen.

Paul Stopper, Schweizer Verkehrsexperte und Mitinitiator der Bodensee-S-Bahn-Initiative erläuterte die unterschiedlichen Prioritäten der deutschen und Schweizer Verkehrspolitik: Während in Deutschland der Trend ungebrochen zum Ausbau des Autobahnnetzes geht, setzt die Schweiz auf vermehrte Investitionen in die Eisenbahnstruktur. Gute Alternativen zur Bahn, die ihr Streckennetz immer mehr ausdünnen, ist z.B. die Bodensee-Oberschwaben-Bahn (BOB), die seit 1999 ihre Fahrgastzahlen um 400 % steigern konnte. Das Rezept: Gute Verbindung in die Fläche und Reaktivierung von Haltestellen



v.l.n.r.: Winfried Wolf, Paul Stopper, Annette Groth, Wolfgang Hoepfner

und Strecken. Alle ähnlich erfolgreichen Projekte zeigen, dass nutzerfreundlicher Personennahverkehr machbar ist, wenn wichtige Gesichtspunkte berücksichtigt werden: Möglichst verlässliche und kurze Takte, Elektrifizierung, Ausbau einspuriger auf zweispurige Strecken, einheitliche Tarifsysteme und vereinfachte Fahrpläne. Ganz in diesem Sinn stellte Stopper das aktuelle Ziel seiner Initiative zur Bodensee-Gürtelbahn vor: Schaffung eines Fonds „Schienen-Infrastruktur-Bodensee-Nord“ und eines Tarif- und Verkehrsverbund Bodensee-Nord. Damit will die Initiative auch die Unterstützung der baden-württembergischen Landesregierung für den schnel-

len Ausbau der Bodensee-Gürtelbahn gewinnen.

Wolfgang Hoepfner, Verkehrspolitiker aus Stuttgart, ging in seinem Referat unter dem Titel „Unangenehme Überraschungen für Aufgabenträger“ auf die Probleme bei Ausschreibungen von ÖPNV-Projekten ein. Unter dem Schlagwort: „gut gemeint ist nicht immer gut gemacht“ beschrieb der langjährige Kommunalpolitiker an Hand von aktuellen Beispielen aus Baden-Württemberg die Fallstricke, die bei ungenauen und fehlerhaften Parametern in Ausschreibungen zu Fehlentwicklungen führen und letztendlich teure Korrekturen nach sich ziehen. Besonders legte er Wert auf

eindeutige und klare Vorgaben zu Bedienungsfrequenz (Takte), Linienverläufen, Pünktlichkeit, Sauberkeit, Haltestellenausstattung, Barrierefreiheit und Sozialstandards für die Beschäftigten. Sein Fazit: Obwohl Qualität kostet, müssen diese Parameter fester Bestandteil jedes Vertrags sein. Sonst erlebt der Aufgabenträger – der Kreis, die Kommune – am Ende böse und vor allem wesentlich teurere Überraschungen.

Abschließend betonte Annette Groth, dass Mobilität zu den zentralen sozialen Fragen gehört, die DIE LINKE ganz oben auf die politische Tagesordnung setzen muss.

Annette Groth/Ulrich Bamann

Grüne und SPD halten an Privilegien für die Wirtschaft bei der Erbschaftsteuer fest

Richard Pitterle (MdB) zur Aktuellen Stunde am 16. April im Landtag

Die Erkenntnisse der heutigen aktuellen Stunde im Landtag zur Erbschaftsteuer: Die FDP wollte wissen, ob Ministerpräsident Kretschmann die gegen Schäubles Eckpunkte gerichtete Forderung nach einer Freigrenze von 100 Millionen Betriebsvermögen bei der Verschonung durch die Erbschaftsteuer mitträgt. Dies hatte MP Kretschmann zwar signalisiert, jedoch durch seinen Regierungssprecher dementieren lassen. Die Quintessenz der heutigen Diskussion: Die Landtagsparteien sind sich einig, dass Sie Schäubles Vorschlag zur Schonung der Betriebsvermögen ablehnen. Der Finanzminister Nils Schmid ver-

stieg sich zu der Behauptung, Schäubles Vorschlag, der 98 % der Betriebe von der Erbschaftsteuer freistellt, „sei weder ein Nachbessern noch diene er dem Arbeitsplatzhalt“. Schäuble berücksichtige zu wenig die Interessen des Landes Baden-Württemberg.

Die Sprecherin der Grünen-Fraktion versprach: „Wir werden in der Diskussion die Interessen unserer Wirtschaft vertreten“. Richard Pitterle, steuerpolitischer Sprecher der Fraktion die LINKE im Bundestag, der die Diskussion im Landtag persönlich verfolgte, empfand diese als ziemlich schräg: „Die Sprecher aller vier Fraktionen setzten die Interessen der 2% der Betriebe, die nach Schäubles Vorschlag eine Verschonung vor der Erbschaftsteuer nur nach einer

Bedürfnisprüfung erhalten sollen, den Interessen des Landes gleich. Kein Redner ging darauf ein, dass die Erbschaftsteuer neben der ausgesetzten Vermögenssteuer und Grunderwerbsteuer, eine wichtige Einnahmequelle des Landes ist. Eine Einnahmequelle, die dringend für Bildung, Erneuerung der Infrastruktur, für bessere Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher gebraucht wird. Wenn alle im Landtag vertretenen Parteien nur die Interessen der Wirtschaft, die sie auch noch mit Interessen des Landes gleichgesetzt werden, vertreten wollen, dann braucht es die LINKE im Landtag, die die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertritt. Die heutige Diskussion zur Erbschaftsteuer war der beste Beleg dafür.

NSU-Untersuchungsausschuss im Landtag: Ermittlungsspannen und Schweigen

„Endlich besteht die Chance, dass das Fehlverhalten der staatlichen Behörden bei der Aufklärung der rassistischen NSU-Morde angemessen parlamentarisch untersucht und aufgearbeitet wird“, so äußerte sich Bernhard Strasdeit, Landesgeschäftsführer der LINKEN in Baden-Württemberg, anlässlich der ersten öffentlichen Sitzung des Ausschusses. Eine Hoffnung, die bisher leider nicht erfüllt worden ist. Die bisherigen Erkenntnisse des NSU-Untersuchungsausschuss in Baden-Württemberg zeichnen ein bizarres Bild über die Zustände der Justiz und Ermittlungsbehörden im Bundesland. Mittlerweile laufen drei Disziplinarverfahren gegen Beamte der Polizei wegen Versäumnissen bei den Ermittlungen im Todesfall von Florian H. Erst durch den Ausschuss selbst wurden Zeugenaussagen öffentlich, denen die Polizei damals nicht nachging und die weitere Personen am Tatort gesehen hatten. Der Staatsanwalt Dr. Stefan Biehl

legte sich nur Stunden nach dem Tod von Florian H. bereits auf Selbstmord fest. SPD-Innenminister Gall folgte dieser Auffassung. Dies alles, ohne dass gründlich ermittelt wurde, und trotz der Tatsache, dass Florian H. an diesem Tag zum Mord an der Polizistin Michele Kiesewetter und möglicher Unterstüt-

zernetzwerke für den NSU aussagen wollte. Als sich Herr Dr. Biehl auf Suizid festlegte, gab es noch nicht einmal ein fertiges Brandgutachten des Wagens, in welchem Florian H. zu Tode gekommen war, sein Zimmer war nicht durchsucht worden, Kommunikationsdaten nicht sichergestellt, der Laptop nicht ausgewer-



tet. Vor dem Untersuchungsausschuss rechtfertigte er sich damit, dass er keine Bedrohungslage für Florian H. sah, obwohl dieser sich in einem Aussteigerprogramm des LKA befand. Folgen hatte dies für Biehl nicht, der Ausschuss gab sich mit den Angaben des Staatsanwalts zufrieden und geht von Suizid aus Angst durch Bedrohung von Rechtsextremen aus. Ähnlich gestaltete sich auch die Sitzung zu möglichen Unterstützernetzwerken der NSU. Matthias K. gab zwar zu, gemeinsam mit Florian H. eine Organisation namens „Neoschutzstaffel“ gegründet zu haben, spielte aber alles als pubertäre Tat herunter und gab auf Nachfrage an, die Namen möglicher weiterer Kontakte vergessen zu haben. Auch hier trifft der Untersuchungsausschuss nur

auf eine Mauer des Schweigens. Innenminister Gall muss nun am 22. April in nichtöffentlicher Sitzung vor dem Innenausschuss zu den Ergebnissen der Innenrevision bezüglich der drei Disziplinarverfahren aussagen. Auch hier geht es um die schlampige Ermittlung der Behörden und Galls frühe Festlegung auf die Selbstmordthese. Es bleibt abzuwarten, ob die Öffentlichkeit endlich Einsicht in die Ermittlungsspannen bei Justiz und Polizei bekommt. Strasdeit gibt zu bedenken: „Gemeinsam mit anderen haben wir diesen U-Ausschuss seit über zwei Jahren gefordert, während insbesondere Innenminister Gall versucht hatte, diesen zu verhindern.“

David Schecher (Mitarbeiter im MdB-Büro Heike Hänsel)

Karlsruhe: AfD funktioniert für rechte Gruppierungen

Statt Kargida und Polizeigewalt wollen wir eine offene und vielfältige Gesellschaft!

In Karlsruhe finden seit Februar in vierzehntägigem Rhythmus Aufmärsche rechter Gruppen statt. Unter dem Deckmantel der „Pegida-Bewegung“ haben sie als Kargida ihre Kundgebungen und Aufmärsche bereits bis Mai 2015 angemeldet. Die letzte dieser Aktionen fand am 14. April statt, die nächste ist für den

Unter dem Motto „Vielfalt willkommen heißen ...“ haben sich im Vorfeld der ersten Kargida-Anmeldung eine Vielzahl Karlsruher Organisationen im „Netzwerk gegen rechts“ als No-Kargida formiert, aktiv mit dabei der Kreisverband DIE LINKE. Karlsruhe, sowie der Jugendverband [solid] und der Linke Studierendenverband SDS. Allerdings wären ohne die bewährten Strukturen der „üblichen Verdächtigen“, der linken Gruppierungen im Antifaschistischen Aktionsbündnis Karlsruhe (AAKA), die bisherigen Naziaktionen ungehindert gelaufen. Bislang hatte das Netzwerk seine Kundgebung immer auf dem Europaplatz in gebührendem Abstand zum rechten Aufmarsch auf dem Stephanplatz angemeldet. Den Initiativen vieler junger Menschen, die sich u.a. als „SpaziergängerInnen“ in die Aufmarschroute der Nazis begeben haben, ist es zu verdanken, dass deren Bewegungsradius zumindest eingeschränkt wurde. Außerdem konnten die Nazikundgebungen mit Pfeifkonzerten und Trommeln von 400 bis 500 GegendemonstrantInnen umzingelt und so die Bevölkerung von der braunen Umweltbelastung geschützt werden.

Leider regt sich die gutbürgerliche Mitte in Karlsruhe über die Protestaktionen mehr auf als über die Aufmärsche der Kargida. Dazu trägt auch das Vorgehen der Polizei bei. Bislang wurde mit äußerster Brutalität gegen zivilen Ungehorsam z.B. Sitzblockaden vorgegangen. Viele GegendemonstrantInnen wurden schon durch Stockschläge, Reizgas oder das Vorpreschen von polizeilichen „Sturmtrupps“ verletzt. Diesen absolut unverhältnismäßigen Umgang mit Menschen, die sich zum Schutze unserer Demokratie den braunen Volksverhetzer friedlich entgegenstellen, hat auch LINKE-Gemeinderätin Sabine Zürn in ihrer

Rede bei der letzten Gegenkundgebung heftig kritisiert:

„... Etwa 30 Personen setzten sich dort hin. Die Polizei filmte sie ausgiebig aus nächster Nähe und Polizeibeamte vom „Deeskalationsteam“ machten den zumeist recht jungen Leuten Angst, was passieren könnte, wenn sie jetzt nicht die Straße räumten. Als mindestens eine Hundertschaft Polizei in Robot-Cop-Montur und mit gezückten Schlagstöcken auf die Gruppe zukam, ging etwa die Hälfte der Leute von der Straße. Die verbleibenden fünfzehn wurden weggetragen und erkennungsdienstlich behandelt. Nachdem man die Gruppe einige Zeit im Regen herumstehen ließ, brachte die Polizei sie in die Gefangenenammelstelle in der Moltkestraße. Dort wurden sie in einen großen Gitterkäfig mit Betonboden gesperrt. Es fanden noch einmal Befragungen und Durchsuchungen statt, zwei Frauen mussten sich dabei bis auf die Unterhose ausziehen. Nach und nach entließ die Polizei die durchgefrorenen Leute, als letzte kam um halb zwölf nachts eine Siebzehnjährige frei!

Einige der fünfzehn Leute haben jetzt eine Anzeige wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu befürchten. Als solches wird das Einhängen bei einer Sitzaktion in Karlsruhe nämlich von der Polizei aufgefasst.“ Sabine Zürns ganze Rede kann auf www.dielinke-ka.de nachgelesen werden.

Inzwischen fand ein Gespräch des Netzwerks mit dem Karlsruher OB statt, das Hoffnung gibt auf ein anderes Vorgehen der Stadt im Umgang mit den Gegenprotesten. Wir werden sehen.

Weitere Infos u.a. auch unter: <https://www.facebook.com/karlsruhe.gegen.pegida>.

Karin Binder (MdB, Karlsruhe)

V-Leute bleiben tickende Zeitbomben

Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow wertet die Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach mehr Beweisen für die Abschaltung von V-Leuten als Alarmzeichen für das laufende NPD-Verbotsverfahren. Er appellierte an die übrigen 15 Bundesländer, klare Zeichen zu setzen und sich komplett von den Informanten zu trennen. Darauf warteten die Karlsruher Richter. Die von ihm geführte rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen hat die V-Leute des Verfassungsschutzes abgeschaltet. „Das waren keine Vertrauensleute, sondern vielfach staatlich alimentierte Nazis“, so Ramelow.

Verständnis für die Forderung aus Karlsruhe zeigt auch Gregor Gysi. Das Bundesverfassungsgericht müsse schließlich sicher sein können, „dass die



28. April geplant. Offizieller Anmelder ist Thomas Rettig, Kommunalwahl-Kandidat der AfD und offenbar Anhänger der Tea-Party-Bewegung. Dieser stellt sich als Marionette rechter Gruppierungen wie der NPD, DIE RECHTE oder der Freiheit zur Verfügung. So marschieren 150 bis 250 Nazis auf dem Karlsruher Stephanplatz auf. Von dieser Tatsache haben sich inzwischen auch das Ordnungsamt der Stadtverwaltung und OB Frank Mentrup als „Zaungast“ am 31. März überzeugt.

Informationen, die die Verfassungswidrigkeit der NPD belegen sollen, nicht etwa von V-Leuten kommen, sondern eben von ‚echten‘ Führungsmitgliedern der NPD. Gysi mahnt die Länder, schnellstmöglich nachzuarbeiten, wenn denn das NPD-Verbot nicht erneut scheitern soll.

„Es kommt so, wie wir es immer befürchtet haben: Mögliche V-Leute des Verfassungsschutzes entpuppen sich im laufenden NPD-Verbotsverfahren als tickende Zeitbomben“, erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag: „Die Zweifel der Karlsruher Richter sind nachvollziehbar. Schließlich scheiterte schon das erste NPD-Verbotsverfahren im Jahr 2003 wegen der Durchsetzung der neonazistischen Partei mit Geheimdienstspitzeln an ‚fehlender Staatsferne‘. Die Innenminister müssen nun alle Informationen über frühere und möglicherweise neue V-Leute im NPD-Umfeld rücksichtslos offenlegen. Es geht nicht an, dass das laufende Verbotsverfahren gegen diese offen menschenverachtend auftretende Nazipartei mit der Ausrede ‚Quellenschutz‘ gefährdet wird.“

Martina Renner, Mitglied im Innenausschuss des Bundestages und ehemalige Obfrau der Linksfraktion im NSU-Untersuchungsausschuss des Thüringer Landtags, ergänzt: „Die Lehre aus dem NSU-Komplex ist, dass neonazistische V-Leute die Strukturen mit aufgebaut haben, die die Mord- und Anschlagsserie des NSU ermöglicht haben. Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts im NPD-Verbotsverfahren ist eine Bestätigung dafür, dass die Thüringer Landesregierung mit dem Verzicht auf neonazistische V-Leute die richtigen Konsequenzen gezogen hat.“

Hardliner der Union hingegen sehen sich durch den Beschluss des Verfassungsgerichts in ihrer Skepsis bestätigt. Der Justiziar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Uhl, sagt der Berliner Zeitung: „Man schafft nur Probleme, wenn man eine Partei von Staats wegen verbieten will.“ Ein Verbot sei überflüssig, weil die Rechtsextremisten ohnehin im Sinkflug seien. CDU-Vize Thomas Strobl sagt der Leipziger Volkszeitung, es habe Gründe, weshalb der Bundestag sich dem Antrag des Bundesrats nicht angeschlossen habe. „Unser Unbehagen, ein Verbotsverfahren anzustrengen, bleibt“, so Merkmals Stellvertreter.

Petra Pau warnt: „Offenbar laufen die Antragsteller für ein NPD-Verbot in dieselbe V-Mann-Falle, an der das Verbotsverfahren 2001 bis 2003 gescheitert war.“ Dies sei absehbar gewesen. „V-Leute sind und bleiben vom Staat gekaufte Spitzel und Täter, im konkreten Fall Nazis ohnehin“, stellt die Bundestagsvizepräsidentin klar.



„Laut gegen rechte Gewalt!“ war das Motto der Kundgebung und der Demo, die am Samstag, 11. April 2015 in Schorndorf stattfand. Der Aufruf der Initiative *Rems-Murr nazifrei* und der VVN sollte damit an den feigen Neonazi-Brandanschlag von Winterbach im Jahr 2011 erinnern. Dagmar Uhlig, vom KV-Stuttgart, warnte davor, die rechten Umtriebe zu verharmlosen. „Wir demonstrieren heute hier, weil Nazis für all das stehen, was wir ablehnen! Rassismus, Antisemitismus und die Verherrlichung des Nationalsozialismus. Sie stehen für Hass und Gewalt gegen Andersdenkende, gegen Schwule, Behinderte, Demokratinnen, gegen alle, die nicht in ihr menschenverachtendes Weltbild passen“. Uhlig weiter „Die neoliberale Politik mit ihren unsozialen Folgen schürt diese Ängste in der Bevölkerung und vergrößert den Nährboden für rechte Hetze a la Sarrazin und Pegida.“ *Foto:www.beobachternews.de*

Von „Humanität hat Vorrang“ zu „Das Boot ist voll“

Von weltweit über 55 Mio. Flüchtlingen schafften es 2014 nur 178.000 nach Deutschland und davon 26.000 nach Baden-Württemberg. Während Bund und Länder sich über die Flüchtlingsprognosen streiten, gemeinsam aber medienwirksam „Flüchtlingsfluten“ beschwören, werden wieder Flüchtlinge und Flüchtlingsheime angegriffen. Offiziell wurden letztes Jahr bundesweit 150 Delikte verzeichnet, Pro Asyl hingegen meldet 220 Angriffe. Auch in Baden-Württemberg kommt es immer mehr zu Übergriffen auf Flüchtlinge und Unterkünfte: Laut Innenministerium hat es 2014 neun Anti-Flüchtlingsdemonstrationen und 19 Angriffe auf Unterkünfte gegeben. Schmierereien mit Hakenkreuzen, Sachbeschädigung und volksverhetzende Parolen sind inzwischen Realität, wie z.B. Anfang März im südbadischen Malterdingen, wo eine geplante Unterkunft unter Wasser gesetzt und unbewohnbar gemacht wurde.

Diese Entwicklung ist untragbar und beschämend für unsere Gesellschaft. Für die ohnehin verunsicherten, oftmals traumatisierten Flüchtlinge ist die Angst vor rechtradikalen Attacken groß. Sie sprechen kein Deutsch, kennen ihre Rechte nicht und müssen Monate – sogar Jahre – warten bis zur Entscheidung ihrer oftmals repressiven und komplizier-

ten Asylverfahren, die immer häufiger abgelehnt werden.

Die Städte im Land sind überfordert und mahnen mehr Unterstützung von Land und Bund an. Nach dem Aufenthalt in der Gemeinschaftsunterkunft sind sie für die Anschlussunterbringung zuständig – und das bei einem ohnehin schon angespannten Wohnungsmarkt, fast ohne Sozialwohnungen und bezahlbaren Wohnraum.

Die Landesregierung hat rechtzeitige Maßnahmen dagegen verschlafen. Selbst das neue Förderprogramm „Wohnraum für Flüchtlinge“ ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Es dient, wie das Mini-Aufnahmeprogramm für 600 traumatisierte Frauen und Mädchen oder das Mini-Mini-Stipendienprogramm für 50 (!) hochbegabte „studienbefähigte syrische Flüchtlinge“, in erster Linie dem Aufpolieren des eigenen ramponierten Ansehens.

Grund für das Imageproblem ist neben der Ablehnung eines Winter-Abschiebestopps v. a. Kretschmanns Asylkompromiss: Mit der Einstufung Serbiens, Mazedoniens und Bosnien-Herzegowinas als „sichere Herkunftsländer“ hat er grüne Positionen verlassen und Widerspruch und Protest und bis hinein in die eigenen Reihen provoziert.

Doch die Landesregierung lernt: Statt

Unterstützung der CDU-Forderung nach dem Stempel „Sicheres Herkunftsland“ auch für das Kosovo, hat sie ohne parlamentarische Verfahren per Innenminister-Telefonkonferenz am 13.2. das Asyl-Schnellverfahren für Kosovo-Flüchtlinge initiiert. Plötzlich sei jetzt der Ruf nach mehr sicheren Herkunftsstaaten „reine Symbolpolitik“ so U. Sckerl, parl. Geschäftsführer der Landtags-Grünen, weil sich „dadurch nichts am starken Zustrom“ ändere. Integrationsministerin Öney (SPD) assistiert: „Grenzkontrollen und andere Maßnahmen, die nicht in die Zuständigkeit des Landes fallen, sind denkbar“. Nicht in die Zuständigkeit

der Landesregierung fallen z.B. die angedrohten massiven Inhaftierungsmöglichkeiten von Flüchtlingen im Gesetzesentwurf des Bundesinnenministers zur „Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“.

So wird die „Humanität-hat-Vor-rang“-Rhetorik innerhalb weniger Monate zu einer „Das-Boot-ist voll“-Praxis, die weitere Abschiebungen per Sammelcharter von Baden-Airpark und den Bau einer landeseigenen Abschiebehaftanstalt in Bruchsal ankündigt.

*Gökay Akbulut, Stadträtin in Mannheim
Ulrich Bamann, Mitarbeiter im MdB-Büro Groth, Friedrichshafen*

Bundesregierung reagiert zu spät auf Tote im Mittelmeer

„Die Forderung von Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU), die Operation ‚Mare Nostrum‘ zur Seenotrettung im Mittelmeer auch mit Hilfe Deutschlands wieder aufzunehmen, kommt zu spät und zu zaghaft“, sagte Heike Hänsel, die entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, am 22. April. Hätte die Bundesregierung diese Forderung der LINKEN Ende November vergangenen Jahres aufgenommen, wären vermutlich hunderte Menschen noch am Leben. Die Verantwortung für diese Toten laste nun auf den Schultern der Großen Koalition. Hänsel weiter:

„Die Fraktion DIE LINKE hatte zum Regierungsentwurf für den Haushalt 2015 eine Erhöhung der Sonderinitiative zur Bekämpfung von Fluchtursachen von 50 Millionen Euro auf 120 Millionen Euro gefordert. Zudem hatte die Fraktion DIE LINKE darauf gedrängt, mindestens 40 Millionen Euro für Maßnahmen zur Rettung von Flüchtlingen im Mittelmeer zu verwenden. Beide Vorschläge wurden von der Bundesregierung angelehnt. Wären diese Mittel früher zur Verfügung gestellt worden, hätte das jüngste Drama wohl abgewendet werden können.“

Die EU setzt in ihrem 10-Punkte-Plan vor allem auf Abschottung durch das Grenzschutzprogramm Frontex, eine effektivere Rückführung von Flüchtlingen und die Zerstörung der Schleuserboote, anstatt die Seenotrettung ernsthaft auszuweiten. Dies lehnen wir ebenso ab, wie Überlegungen für eine militärische Bekämpfung der Schleuserkriminalität.

Bislang ist auch völlig unklar, für welche Maßnahmen die zehn Milliarden Euro verwendet werden sollen, die Minister Müller nun für ein Sofortprogramm fordert. Die bisher in Berlin und Brüssel diskutierten Maßnahmen zielen darauf ab, die Menschen abzuwehren, statt ihnen zu helfen. Statt über

christlich-jüdische Werte in der Entwicklungszusammenarbeit zu sprechen, hat Minister Müller nun die Chance, sich endlich konkret zu positionieren, in dem er christliche Nächstenliebe praktiziert und den Flüchtlingen hilft. Das bedeutet: Beistand für Notleidende auf der Flucht, sichere Fluchtwege und Bekämpfung der Fluchtursachen wie Krieg und Armut. Dies kann nur erreicht werden, wenn eine gerechte und entwicklungsförderliche Handelspolitik praktiziert und eine Verschärfung von Krisen durch Rüstungsexporte vermieden wird. Dafür tritt DIE LINKE innerhalb und außerhalb des Bundestages ein.

Heike Hänsel (MdB)

Jeder Mensch ist willkommen

Auszüge aus den Eckpunkten für eine humanitäre Flüchtlingspolitik. Ein Positionspapier von Diana Golze, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie in Brandenburg, und Heike Werner, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie in Thüringen.

In den Bundesländern, die von der LINKEN mitregiert werden, haben wir gezeigt, wie klare Prioritäten in der Flüchtlingspolitik gesetzt werden. So erhalten in Brandenburg Kinder und Jugendliche bereits in der Erstaufnahmeeinrichtung Schulunterricht, obwohl laut Bundesrecht die Schulpflicht für diese Kinder nicht gilt, werden zertifizierte Deutschkurse über ESF Programme auch für diejenigen ermöglicht deren Aufenthaltsstatus noch nicht geklärt ist, wird eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge eingeführt, damit ein Arztbesuch nicht mehr unnötige und entwürdigende Ämtergenehmigungen nötig macht. Es werden Netzwerkstrukturen für Ehrenamt geschaffen, Lücken in der sozialen, psychologischen und rechtlichen

Beratung Stück für Stück geschlossen und Handwerkskammern, Jobcenter und Kommunen an einen Tisch gebracht, um den Zugang zu Aus- und Weiterbildung und zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. In Thüringen war der Winterabschiebestopp der erste Akt der neu gewählten rot-rot-grünen Landesregierung. Bei der Einrichtung einer dritten Erstaufnahmestelle geht Rot-Rot-Grün einen neuen Weg und verbindet auf dem geplanten Integrations- und Bildungscampus Mühlhausen die Unterbringung von Flüchtlingen mit dem Zugang zu Bildung und Ausbildung sowie einer aktiven Integration von Flüchtlingen in bestehende Sozialstrukturen. Thüringen und Brandenburg haben sich gemeinsam im Bundesrat gegen alle Verschärfungen des Asylrechts gewehrt.

Asyl und Zuwanderung braucht nicht nur rechtliche Standards sondern eine Willkommenskultur und eine Kultur des Ankommens. Nur so entsteht Teilhabe. In den Ländern, aber auch in den Landkreisen und Kommunen steht LINKE Politik in besonderer Verantwortung, alle Möglichkeiten unter den gegebenen rechtlichen Vorgaben auszuschöpfen, aber auch deutlich aufzuzeigen, wie eine von Humanismus und Weltoffenheit geprägte Flüchtlingspolitik aussieht. Die zeitlich möglichst kurze und in der Ausstattung möglichst auskömmliche Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften muss so gestaltet werden, dass in kurzer Zeit Grundsteine für eine schnelle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gelegt werden. Sprachförderung, soziale, gesundheitliche und auch rechtliche Betreuung sind nicht nur für Asylsuchende wichtige Grundlagen für ein Ankommen in unserem Land. Sprache ist Zugang zu Bildung für Kinder und Jugendliche sowie für die Erwerbstätigkeit von Erwachsenen. Sprache ist Grundvoraussetzung für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Es ist Mehrwert LINKER Lan-

**Hilfe für
Flüchtende
statt Hetze &
Rassismus!**

2016

DIE LINKE.

**in den
Landtag!**

www.die-linke-bw.de
www.facebook.de/dielinkebw

despolitik, Flüchtlingspolitik zu einer sozialpolitischen Aufgabe zu machen, in der der Arbeitsmarkt nicht unter Wertungskriterien, sondern unter Integrations- und Teilhabekontexten gedacht wird. Und es muss Mehrwert LINKER Regierungspolitik sein, bestehende Stigmatisierungen, die durch Aufenthalts- und Asylbewerberleistungsgesetze vorgegeben sind, abzumildern. Wir sehen in jedem Menschen eine Chance für die Gesellschaft. LINKES Regierungshandeln richtet sich daran aus.

Unbestritten ist, dass die wachsende Zahl von Kriegen und humanitären Krisen dazu führt, dass die Zahl der Menschen, die in Deutschland um Schutz und Aufnahme bitten, wächst. Die offizielle Prognose des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, die für 2015 von etwa 300.000 aufnahmesuchenden Flüchtlingen ausgeht, ist längst Makulatur. Viele Expertinnen und Experten halten es für möglich, dass die Zahl tatsächlich bei mehr als 400.000 liegen könnte. Dieser Anstieg markiert vor allem für die Länder und Kommunen, denen die Zuständigkeit für die Erstaufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge zufällt, eine erhebliche Herausforderung, auf die eine verantwortliche Flüchtlingspolitik reagieren muss. Es ist völlig inakzeptabel, wenn einzelne politische Kräfte die gestiegenen Flüchtlingszahlen als Sicherheitsproblem kennzeichnen und damit die hier um Schutz nachsuchenden

Menschen denunzieren. Wir respektieren diejenigen, die Ängste artikulieren. Wir bekämpfen diejenigen, die Ängste schüren. Grundlage jeder politischen Reaktion müssen das Grundrecht auf Asyl und die grundgesetzlich garantierte Unantastbarkeit der Menschenwürde sein. Eine Flüchtlingspolitik mit humanitärem Kompass muss sich an den folgenden Eckpunkten orientieren:

1. Für ein unantastbares Grundrecht auf Asyl.
2. Keine weitere Verschärfung des Asylrechts.
3. Für eine Gleichstellung von Flüchtlingen.
4. Mehr finanzielle Verantwortung des Bundes.
5. Schluss mit der Zwangsverteilung.
6. Sofortiger Zugang zu Sprach- und Partizipationskursen.
7. Voller Zugang zum Arbeitsmarkt.
8. Humanitäre Maßnahmen der Länder erleichtern.
9. Bildung und Ausbildung müssen vor Abschiebung schützen.
10. Für ein Bildungssystem ohne Lücken.
11. Menschliche Härten im Bleiberecht abbauen.
12. Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen verbessern.
13. Mehr Personal beim Bundesamt für Migration und Flüchtlingen (BAMF).
14. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge unterstützen.

15. Pakt der Demokratinnen und Demokraten: Wir wollen, dass sich die demokratischen Parteien darauf verständigen, niemals und nirgendwo gemeinsame Sache mit denjenigen zu machen, die am rechten Rand die Debatten um die steigenden Flüchtlingszahlen für braune Hetze instrumentalisieren.

16. Flüchtlinge willkommen heißen – zivilgesellschaftliches Engagement und Selbstorganisation unterstützen: An vielen Orten unterstützen aktive Bürgerinnen und Bürger Flüchtlinge dabei, hier anzukommen und Fuß zu fassen. Sie sehen sich zum Teil massiven Anfeindungen von Rechtsextremen gegenüber. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Engagement für menschliches Miteinander, Solidarität und Unterstützung eine hohe Anerkennung erfährt und von staatlicher Seite nach Kräften zu unterstützen ist. Wir unterstützen die Selbstorganisationen von Flüchtlingen, die sich nicht länger als bloßes Objekt staatlicher Regulierung begreifen, sondern ihre Interessen selbst in die Hand nehmen. Wir unterstützen ihre Forderungen nach Aufhebung, der sie diskriminierenden Sondergesetze.

Vollständig unter: <http://www.die-linke.de/politik/themen/detail/zurueck/fluechtlinge-willkommen/artikel/jeder-mensch-ist-willkommen/>

Verein „Mannheim sagt Ja!“ sucht Mitstreiterinnen und Mitstreiter

Mannheim. Im Café Ambiente in den Quadraten hat sich Ende Februar der Verein „Mannheim sagt Ja!“ gegründet. Das teilten die Initiatoren mit. Über 40 Gründungsmitglieder



diskutierten, bestimmten die Satzung und wählten unter der Sitzungsleitung von Petar Drakul den Vorstand. Sprecher des Vereins ist Gerhard Fontagnier. Der Verein hofft auf weitere Unterstützerinnen und Unterstützer.

Der Aktionstag „Mannheim sagt Ja!“ am 17. Januar war mit über 12 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein eindrucksvolles Zeichen des Willkommens für Flüchtlinge, für Vielfalt, gegen Hass und Angst, so der Verein. Die Aktion hat vielen den Anstoß gegeben, sich zu engagieren, und etliche Initiativen angestoßen. Daran will man nun anknüpfen.

„Sich für gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt, Akzeptanz und Respekt einzusetzen, ist eine dauerhafte Aufgabe, denn Fremdenhass und Rassismus sind leider nach wie vor an der Tagesordnung und sitzen tief. Darum wollen wir den Schwung von „Mannheim sagt Ja!“ aufnehmen und setzen dabei auf die breite Unterstützung der Menschen und Institutionen“, so der neu gewählte Vorsitzende Gerhard Fontagnier.

Der neu gegründete Verein hat sich zum Ziel gesetzt, die Kultur des Willkommens für Flüchtlinge und Einwanderer hochzuhalten. Als Vereinszweck festgelegt wurde daher die Förderung kultureller und gesellschaftlicher Vielfalt, der Akzeptanz und des Respekts gesellschaftlicher Gruppen untereinander, ebenso die Förderung der Willkommenskultur für Flüchtlinge und Einwanderer. Gründungsmitglieder waren außer den 40 Engagierten auch der CSD-Rhein-Neckar, die Türkische Gemeinde Rhein-Neckar, die Linksjugend Solid Mannheim und der Andere Buchladen. Es gab viele Aktionsideen. Der Verein will jährlich einmal eine große Veranstaltung organisieren, außerdem Engagement und Fördermittel für Flüchtlingsorganisationen wie das Asylcafé, die „Save Me Kampagne“ und weitere private Initiativen vermitteln. Er will auch mit der Stadt Mannheim beim Aufbau des „Bündnisses für Vielfalt, Respekt und Toleranz“ zusammenarbeiten. Im August will der neu gegründete Verein an der Christopher-Street-Day-Parade teilnehmen. – Interessentinnen und Interessenten sowie Institutionen die dem Verein aktiv oder fördernd beitreten möchten, können sich per E-Mail an Gerhard Fontagnier wenden (gerhard@fontagnier.de).

Quelle: www.beobachternews.de

Das muss drin sein – Kampagne startet in Baden-Württemberg

Zum 1. Mai startet die bundesweite Kampagne „Das muss drin sein“, mit der wir über die kommenden zwei Jahre folgende Forderungen in die Öffentlichkeit tragen und vom Bundestag bis hinunter in jedem Ort Druck für deren Umsetzung machen wollen.

Befristung und Leiharbeit stoppen. Viele, vor allem junge Menschen hängen sich von einem befristeten Job zum nächsten oder finden nur in Leiharbeit eine Beschäftigung. Wir wollen gute Arbeitsverhältnisse, mit denen alle ihre Zukunft planen können.

Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV. Es muss Schluss sein damit, dass Erwerbslose durch Sanktionen gegängelt und in schlechte Jobs gedrängt werden. Wir wollen eine

soziale Mindestsicherung für Erwerbslose und ihre Familien.

Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst. Viele Menschen arbeiten in unfreiwilliger Teilzeit oder Minijobs, während andere unter Überstunden und Dauerstress leiden. Wir wollen diese Arbeit umverteilen und mehr Zeit für Familie und Freizeit.

Wohnung und Energie bezahlbar machen. Wir wollen die Verdrängung durch steigende Mie-



Armut? Welche Armut?

Von Michael Schlecht, MdB, wirtschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Die Sozialstatistiken belegen es: Trotz geringer Arbeitslosigkeit wächst in Deutschland die Armut. Kein Wunder angesichts der Ausbreitung von Niedriglöhnen, prekären Jobs und Arbeitslosenhilfe auf Elends-Niveau. Als Konsequenz daraus müsste eigentlich mehr Umverteilung von oben nach unten folgen. Das aber gefällt einigen nicht. Zum Beispiel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Die Armut sei nichts als ein „statistischer Trick“, schreibt sie. Dem schließt sich – ausgerechnet – SPD-Arbeitsministerin Andrea Nahles an.

Die Presse ist voll von Jubelmeldungen über die deutsche Wirtschaft: Die Konjunktur läuft, die Arbeitslosigkeit geht zurück, die Unternehmensgewinne steigen und die Löhne sogar auch mal. Doch der Paritätische Wohlfahrtsverband mahnt: Die Armut ist auf Rekordhoch.

Das ist nicht überraschend. Schließlich sind immer noch mehr als sechs Millionen Menschen abhängig von magerer staatlicher Unterstützung. Die Einkommen der unteren Lohngruppen steigen seit vielen Jahren nicht. Deutschland hat den größten Niedriglohnssektor in der EU. Zu viele Menschen gehen arbeiten und können von ihrem Lohn nicht leben. Alles dank der von Rot-Grün durchgesetzten Agenda 2010, die Deutschlands Beschäftigte „wettbewerbsfähig“ machen sollte.

Das kann das Agenda-Kampfbild FAZ natürlich nicht durchgehen lassen. Die Armut sei nichts als ein statistischer

Trick, wettet sie. Denn als arm gilt jemand, wenn er weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens erzielt. In Deutschland also ab 1870 Euro im Monat für eine vierköpfige Familie. „Die 60-Prozent-Grenze, eben die relative Definition von Armut, sorgt dafür, dass es immer Armut geben wird, solange es Unterschiede bei den Einkommen gibt. Verdoppeln sich in einer Gesellschaft alle Einkommen, verdoppelt sich nach dieser Definition nämlich automatisch auch die Armutsgrenze“, so die FAZ.

Dem stimmt Arbeitsministerin Nahles zu: „Der Ansatz führt leider schnell in die Irre“, ließ sie die Süddeutsche Zeitung wissen. Mit solchen Berechnungen laufe die Politik und die Gesellschaft Gefahr, den Blick für die wirklich Bedürftigen zu verlieren. „Es gibt zum Beispiel mehr illegale Einwanderer und sehr viel jüngere Erwerbsgeminderte, da haben wir es mit wirklicher Armut zu tun.“

Nun, Letzteres stimmt. Der ganze Rest ist Quark.

Das 60-Prozent-Kriterium ist international üblich. Der Einwand, dies messe nur „relative Armut“, ist ein uralter Hut, der immer wieder hervorgezogen wird, dadurch aber nicht besser wird. Denn: Für Armut gibt es kein objektives Maß. Armut wird immer gemessen im Verhältnis zum erwirtschafteten Wohlstand. Einzige Frage dabei: Welcher Vergleichsmaßstab wird herangezogen? Klar, verglichen mit dem Bewohner eines indischen Slums ist jeder deutsche Arbeitslose reich. Aber macht dieser Vergleich Sinn? Nein.

Vernünftigerweise nimmt man zum Maßstab die Einkommen innerhalb einer Gesellschaft. Für Deutschland also

die Einkommen in Deutschland. Denn: Ob jemand arm ist, sollte sich immer danach bemessen, wie viel Reichtum eine Gesellschaft produziert, wie viel Reichtum also verteilt werden kann und inwieweit ein armer Mensch von diesem Reichtum ausgeschlossen ist. Und gemessen daran gibt es in Deutschland eben immer mehr Arme. Punkt.

Armut in diesem Sinne ist ein Maß für die Verteilung der Einkommen. Und die ist in Deutschland sehr ungleich – und die der Vermögen übrigens noch viel ungleicher: Den reichsten zehn Prozent der deutschen Haushalte gehören rund drei Viertel aller Vermögen!

Mit dem Verweis auf die „wirklich Bedürftigen“ zeigt Arbeitsministerin Nahles ihre „soziale Ader“. Dabei ist dieser Verweis immer bloß der Auftakt dazu, den Armen Unterstützung zu verweigern – indem sie auf jene deutet, die noch ärmer sind. Nämlich Menschen, die nicht voll arbeiten können – zum Beispiel Erwerbsgeminderte – oder dürfen – so bei illegalen Einwanderern.

Um Armut zu bekämpfen, brauchen wir vor allem eine Stärkung der Gewerkschaften. Es darf keine sachgrundlosen Befristungen mehr geben, keine Leiharbeit und Werkverträge müssen eingegrenzt werden. So kann die Angst vieler Beschäftigter um ihren Arbeitsplatz zurückgedrängt werden. Dies ist Voraussetzung für aktivere Gewerkschaftsarbeit im Betrieb und auch für breitere Arbeitskämpfe. So können wieder mehr Tarifverträge geschlossen und vor allem höhere Löhne durchgesetzt werden, nachdem heute immer noch der durchschnittliche Reallohn eines Beschäftigten nicht höher liegt als im Jahr 2000.

ten, Sanierungskosten und Energiepreise stoppen. Eine bezahlbare Wohnung muss auch in den Großstädten drin sein.

Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit. Eine gute öffentliche Daseinsvorsorge für Kinder, Kranke und Pflegebedürftige hilft nicht nur den Betroffenen und ihren Familien, sondern auch den Beschäftigten im Kampf gegen Arbeitsüberlastung.

Macht mit bei unserer Kampagne „Das muss drin sein.“

Auch in Baden-Württemberg spüren viele Menschen die Auswirkungen der Agenda-Politik. 18% der Kinder und Jugendlichen sind von Armut bedroht, jede dritte berufstätige Frau arbeitet in Teilzeit und es gibt über 100.000 Leiharbeiter im Land. Für uns ist die Kampagne deshalb Teil des Landtagswahlkampfes:

Prekäre Beschäftigung ist unsozial

Wer ein Restaurant besucht oder in einem Hotel übernachtet, erhofft sich Genuss und Entspannung. Wer dort arbeitet, den erwartet das Gegenteil: Stressige Arbeitsbedingungen und prekäre Beschäftigung sind im Gastgewerbe weit verbreitet. Fast jeder Zweite ist Minijobber, zwei Drittel erhalten einen Niedriglohn.

Auch Billigfliegen hat eine Kehrseite: Die typische Karriere auf einem Flughafen beginnt als Leiharbeiter, dem folgt ein Fristvertrag und darauf folgt oft nicht mehr als ein Teilzeit-Job.

Aber prekäre Beschäftigungsverhältnisse haben längst andere Branchen mit gut Qualifizierten erreicht wie z.B. den Wissenschafts-, Sozial- und Bildungsbereich.

Prekäre Beschäftigung in Zahlen

Nur noch die Hälfte der Beschäftigten haben eine unbefristete Vollzeitstelle. Sogenannte atypische Beschäftigungsverhältnisse legten in den letzten beiden Jahrzehnten deutlich zu. Das traditionelle „Normalarbeitsverhältnis“ verlor hingegen an Bedeutung.

In Deutschland waren 2014 rund 39 Prozent aller abhängig Beschäftigten in Teilzeit, Leiharbeit oder Minijobs tätig. (Informationsdienst der Hans-Böckler-Stiftung, Impuls 6/2015). Laut dem Landessozialministerium werden auch in den baden-württembergischen Betrieben zunehmend atypisch Beschäftigte eingesetzt. Von 2000 bis 2012 nahmen die Leiharbeit und die freie Mitarbeit prozentual besonders stark zu. Auch die Anteile der befristeten und der Teilzeitbeschäftigung wuchs um mehr als die Hälfte auf 29,7%. Bei den Frauen arbeiten mit 51% gut die Hälfte in Teilzeitbeschäftigung (Männer 12%).

Teilzeitarbeit

Zweifellos arbeiten viele Menschen auf

was für die grün-rote Landesregierung keine Rolle spielt, steht für uns im Zentrum: wir wollen ein soziales Baden-Württemberg, ein Ende von Armut und Ausgrenzung.

Beim landesweiten Auftakttreffen im Januar und Workshops in den Regierungsbezirken haben sich schon dutzende Genossinnen und Genossen in die Vorbereitung eingebracht. Viele Themen der Kampagne sind im Land schon präsent. Kreisverbände kämpfen für bezahlbaren Wohnraum und die Einführung von Sozialtickets. Zusammen mit Kolleginnen und Kollegen wehren wir uns vor Ort gegen Outsourcing und Privatisierung bei Krankenhäusern und den Pflegenotstand. Und in der Tarifrunde im Sozial- und Erziehungsdienst organisieren wir vor Ort Solidarität mit

den Beschäftigten, die im Moment für die Aufwertung ihrer Berufe streiten und streiken.

Die Kampagne wird uns mit unseren lokalen und regionalen Themen auch im Landtagswahlkampf begleiten, den in und außerhalb der Parlamente sagen wir: Schluß mit prekären Lebens- und Beschäftigungsverhältnissen.

In der Woche vom 8. bis 14. Juni werden wir deshalb in allen Kreisverbänden mit Infoständen und kleinen Aktionen auf die Straße gehen – und das mit der Sammlung von Unterschriften für unsere Landtagskandidatinnen und Kandidaten verbinden. Eine LINKE im Landtag – auch das muss drin sein!

Sahra Mirow und Dirk Spöri, geschäftsführender Landesvorstand

eigenen Wunsch in Teilzeit, aber auch viele unfreiwillig. Dabei haben sich findige Unternehmer etwas Neues einfallen lassen: die befristet aufgestockten Teilzeitverträge. D.h. man bekommt einen unbefristeten „Basis“vertrag über 20 Stunden. Die übrige Arbeitszeit bis zur Vollzeitstelle wird regelmäßig befristet aufgestockt. Da der Gesetzgeber dieser Art von Befristung keinen Riegel vorgeschoben hat, kann das beliebig bis zur Rente fortgesetzt werden.

Befristungen

Der Fall einer Postbotin, die nacheinander 88 befristete Arbeitsverträge bekam, ist ein extremes Beispiel. Aber in vielen Bereichen z.B. an Wissenschaftseinrichtungen, im sozialen Bereich und bei privaten Bildungsträgern sind Befristungen bei Neueinstellungen die Regel. Befristungsquoten von 30 % sind üblich.

Im Jahre 2012 sammelten Betriebsräte von Bildungs- und Sozialträgern 5.000 Unterschriften gegen das Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG). Dieser Aufruf wurde übrigens auch von einem gewissen Herrn Kretschmann und einem gewissen Herr Schmid unterschrieben. Das war aber vor der Landtagswahl. Leider folgten dem keine Taten. Weder wurde die Zahl der Fristverträge in Baden-Württemberg in den letzten Jahren reduziert noch ist bekannt, dass sich die Landesregierung für eine Änderung des TzBfG eingesetzt hat.

Prekäre Beschäftigung ist unsozial

Prekäre Beschäftigung schränkt sozialen Errungenschaften im Arbeitnehmerschutz ein wie z.B. den Kündigungsschutz, den Schutz der Familie, den Mutterschutz sowie die Rechte der Schwerbehinderten.

Prekäre Beschäftigung ist familienfeindlich

Mit familienfördernden Maßnahmen



Sabine Skubsch

versucht die Bundesregierung den rückläufigen Geburtenzahlen entgegenzuwirken. Aber was nutzen die besten Familiengesetze, wenn sie nur für einen Teil der Beschäftigten gelten! Die soziale Unsicherheit macht die Familienplanung schwierig. Frauen müssen bei Schwangerschaft fürchten, dass ihr Arbeitsvertrag nicht verlängert wird.

Prekäre Beschäftigung schafft keine Arbeitsplätze

In den zurückliegenden Jahren wurde durch das Teilzeit- und Befristungsgesetz in den Bereichen des Gesundheitswesens, der Erziehung, der Bildung, an Hochschulen und in der sozialen Arbeit kein einziger neuer Arbeitsplatz geschaffen! Aber die massenhafte Anwendung führt zu Existenzangst als Dauerzustand und zur Demotivation. „Prekär“ trägt dazu bei, dass Arbeitnehmer durch ihre Arbeit krank werden.

Die unbefristete Vollzeitstelle, von der man leben kann, muss wieder zum Normalfall werden.

Sabine Skubsch

(Konzernbetriebsratsvorsitzende bei einem sozialen Träger)

Knackige Renditen für Allianz und Co?

Von Michael Schlecht, MdB, wirtschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE

In Schulen bröckelt der Putz, Brücken werden gesperrt und zwischen den Löchern ist manche Straße nicht mehr zu erkennen. Der deutsche Staat investiert zu wenig und lässt die Infrastruktur verfallen. Wirtschaftsminister Gabriel und eine von ihm eingerichtete Kommission wollen, dass für bessere Straßen und Schulgebäude private Investoren, also Allianz und Co. sorgen sollen. Renditejäger finanzieren die öffentliche Daseinsvorsorge? Das wird teuer. In Deutschland besteht eine gigantische Investitionslücke. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) veranschlagt sie auf eine Billion Euro. Schulen, Brücken, Energienetze – alles ist seit mehr als zehn Jahren vernachlässigt worden. Der Verschleiß ist größer als die Ausgaben in die Infrastruktur. Man lässt das Land verrotten.

Neue Schulden will der Bund nicht machen – Schuldenbremse und „schwarze Null“ im Haushalt sind ihm heilig. Wo soll dann aber das Geld für die Investitionen herkommen? Aus der Privatwirtschaft, so Gabriel. Der Haken: Das Kapital macht es nicht umsonst. Für sein Geld will es satte Renditen sehen. Markus Faulhaber, Chef des Allianz-Konzerns, hat schon eine Zahl genannt: Er fordert sieben Prozent, vielleicht auch mehr.

Im Klartext: Weil die Bundesregierung nicht zu null Prozent Kredite aufnehmen will, beteiligt sie private Geldgeber, die deutlich mehr als null Prozent einfordern. Finanzpolitischer Schwachsinn! Die Rechnung zahlen die Bürger – etwa, indem sie für öffentlich-privat finanzierte Autobahnen Gebühren entrichten sollen.

Die Handlungsempfehlungen der Gabriel-Kommission kommen einem Rettungsprogramm für die Finanzindustrie in Niedrigzinszeiten gleich. Die Bevölkerung mit einer besseren Infrastruktur zu versorgen, tritt dabei eher in den Hintergrund.

Es gibt keinen Grund, Allianz, Deutscher Bank & Co. hohe Renditen zu schenken und damit Geld aus dem Fenster zu werfen. Der Staat muss seine Investitionen allein finanzieren. Für einen Kredit über zehn Jahre müsste der Bund derzeit faktisch keine Zinsen zahlen. Der Staat könnte sich also genug Geld leihen.

Dieses Jahr wären bis zu 22 Milliarden mit der Schuldenbremse vereinbar; rechnet selbst das Finanzministerium vor. Aber das Tabu: Es lebe die „schwarze Null“!

Günstige Kredite sind nur die zweitbeste Lösung. DIE LINKE rät: Besteuert den Reichtum! Allein mit der Wiedereinführung der Vermögenssteuern als Millionärsteuer – Freibetrag eine Million – könnten bei einem fünfprozentigen Steuersatz mehr als 80 Milliarden Euro zusätzlich eingenommen werden. Fällig wären laut DIW Investitionen in Höhe von 75 bis 80 Milliarden Euro jedes Jahr. DIE LINKE schlägt ein groß angelegtes Zukunftsinvestitionsprogramm von 100 Milliarden Euro pro Jahr vor. Da es sich zur Hälfte selbst finanziert, wäre es ohne Verschuldung möglich: 50 Milliarden für die Infrastruktur, 50 Milliarden für den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen wie Pflege und Bildung. Jedes Jahr! So kann unser Land wieder vorankommen.

Alternativen gibt es, dazu müsste man sich freilich mit den Wirtschaftseliten anlegen statt sich von ihnen die Politik empfehlen zu lassen.

Regional- und Kreisräte gemeinsam für ein regionales Sozialticket

Stuttgart: Gerechtigkeit ist keine „freiwillige“ Sozialleistung

4,9% ihrer Wege legen Menschen ohne Erwerbseinkommen mit dem ÖPNV zurück – mehr als 50% zu Fuß oder als Mitfahrende. Diese Zahlen der regionalen Mobilitätsstudie für die Region Stuttgart (VRS) offenbaren eine inakzeptable Teilhabe einschränkung für arme Menschen.

Bereits in der Vergangenheit haben sowohl die Regional- als auch die Kreis-

räte der LINKEN mehrfach Anträge zur Einführung eines Sozialtickets gestellt. Lediglich in der Stadt Stuttgart gibt es dies seit 01.01.2015 – aber beschränkt auf das Stadtgebiet und mit einer Eigenbeteiligung von ca. 50 € pro Erwachsenen. Ziel der LINKEN in der Region war aber immer ein Sozialticket für die **gesamte** Region bzw. zumindest den Verkehrsverbund VVS – zum Preis des Anteils für Mobilität im Hartz-IV-Regelsatz (derzeit 25,13€).

Auf Initiative der Regionsfraktion gab es nun seit Dezember mehrere Treffen mit Kreisräten aus allen Landkreisen (Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg, Rems-Murr), um mit einem koordinierten Vorgehen dem Ziel näherzukommen. Es wurde basierend auf dem „Kölnpass“ ein Finanzierungsmodell entwickelt, das die Kosten wirksam begrenzt und im günstigsten Fall durch Neukundengewinnung auf nahezu „Null“ reduzieren kann – die „stichtagsorientierte Abmangelfinanzierung“. Auch wurde ein gemeinsamer Antrag zur Einbringung in die Kreistage diskutiert und beschlossen. Diese richten sich an die jeweiligen Landräte, die im Aufsichtsrat des VVS Sitz und Stimme haben. Dabei ist wichtig, dass der Antrag der LINKEN zuerst nur eine Konzeptarbeit und Kostenermittlung vorsieht, um mit belastbaren Fakten und Zahlen die in der Vergangenheit mit frei erfundenen Zahlen beschworenen „Gespenster“ der finanziellen Überforderung der öffentlichen Haushalte zu bannen. Beteiligt war am Prozess auch die Piratenpartei, die in der Region und in mehreren Kreistagen in gemeinsamen Fraktionen mit der LINKEN zusam-

Musterantragstext: Sozialticket in den Kreistagen der Region Stuttgart

Der Kreistag fordert den Landrat auf, im Aufsichtsrat des VVS die Erstellung eines Konzeptes für ein VVS-weites Sozialticket zu beantragen. Das Sozialticket soll für alle Bezieher von Leistungen nach SGB II, SGB XII, WoGG und AsylbLG gelten. Als Basispreis ist der Leistungsanteil für Verkehr im Regelbedarf nach Regelbedarf-Ermittlungsgesetz -RBEG- für Bezieher von Leistungen nach SGB II anzustreben.

Bei der Konzepterstellung ist insbesondere ein Modell zu erarbeiten, das eine Abmangelfinanzierung durch die Aufgabenträger für die Verkehrsunternehmen bzw. den VVS in Höhe der ermittelten Umsteigerverluste zum Tag der Einführung vorsieht und zusätzliche Einnahmen durch Neukundengewinnung nach Einführung anteilig zwischen Aufgabenträgern und Verkehrs-

unternehmen bzw. VVS aufteilt.

Anhand des erstellten Konzeptes sollen die voraussichtlichen Kosten ermittelt werden und im Aufsichtsrat des VVS sowie den beteiligten Gebietskörperschaften Landkreise, Stadt Stuttgart und Verband Region Stuttgart vorgestellt werden. Dabei sind die Erfahrungen des Stuttgarter Modells mit zu berücksichtigen.

Begründung

In der Region leben ca. 180.000 Menschen, die Leistungen nach SGB II, SGB XII, WoGG oder AsylbLG beziehen. Diese Menschen sind in ihrer Mobilität aus finanziellen Gründen deutlich eingeschränkt und können oft die VVS-Preise nicht bezahlen. Für nicht-erwerbstätige Menschen ist dies auch statistisch belegt durch die regionale Mobilitätsstudie von 2010. In keinem anderen in dieser Studie ausgewerteten Personenkreis ist der Nutzungsgrad des ÖPNV mit 4,9% der Wege derart

menarbeitet.

Mit einer Pressekonferenz am 16.4. erfolgte nun der Startschuss für die Aktion, wobei die ersten Reaktionen Mut machen. So schrieb z.B. die „Stuttgarter Zeitung“ am 18.4.:

„Deshalb ist es konsequent, dass die Linke nicht nur in der Region, sondern auch in den Kreistagen gleichlautende Anträge einbringt. Auch wenn Mehrheiten noch fern sind, ist allein das bemerkenswert. Ein regionalweit abgestimmtes Verhalten würde man sich von den anderen Parteien ebenfalls wünschen, die oft in der Region und in den Kreisen mit unterschiedlichen Stimmen sprechen.“

Die Anträge werden nun in den nächsten Wochen in den Kreistagen eingebracht. Zusätzlich werden die Kreisräte in ihren Landkreisen und die Regionalräte kreisübergreifend potentielle Bündnispartner ansprechen und öffentliche Veranstaltungen zum Thema organisieren.

Wenn es gelingt, das Anliegen „Sozialticket“ im gesamten VRS in die öffentliche Debatte zu bringen, wäre dies ein weiterer Schritt hin zu einer wirklich sozialen Fahrpreisgestaltung. Nachdem sich bereits die SPD von Ablehnung über Enthaltung zur Stellung eines eigenen Antrages „entwickelt“ hat, wird es insbesondere spannend zu beobachten, wie sich die Grünen in den Kreistagen positionieren. In der Region jedenfalls haben sie ein Sozialticket bisher immer als Sozialleistung abgelehnt, für die die Landkreise zuständig wären.

Die Presseerklärung zur gemeinsamen Aktion sowie Weiteres zum Thema -insbesondere auch eine Erläuterung zur

gering wie bei den Nichterwerbstätigen. Mobilität ist aber in einer modernen Gesellschaft Voraussetzung für die diskriminierungsfreie Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Dabei hört die Teilhabe nicht an Kreis- oder Gemeindegrenzen auf. Familien verteilen sich innerhalb der ganzen Region, viele kulturelle Ziele sind konzentriert in wenigen Orten und auch politisches Engagement erfordert oft längere Wege. Ein Sozialticket ist aber nicht nur einfach eine Sozialleistung, die von den Sozialhilfeträgern je nach Kassenlage gewährt werden kann oder nicht. Menschen mit geringem oder aber ohne Erwerbseinkommen haben genauso einen Anspruch auf spezielle VVS-Tarife wie z. B. auch Senioren oder Studenten. Die im Antrag besonders betonte stichtagsorientierte Abmangelfinanzierung bietet den Vorteil, dass eine verlässliche finanzielle Belastung der Aufgabenträger ermittelt werden kann, die bei wachsenden

Finanzierung findet sich unter www.dielinke-rv-stuttgart.de

Wolfgang Hoepfner (Mitglied der Fraktion DIE LINKE in der Regionalversammlung)

Heilbronn: Linke Mandatsträger empört über Arbeit ohne Lohn

Wie der Zeitung zu entnehmen war, arbeiten bei den SLK-Kliniken Beschäftigte in Fällen der sogenannten „Erprobungspraktika“ ohne Lohn. Im konkreten Fall geht es um eine spanische Krankenschwester, die einen verlangten Deutschkurs vorweisen konnte und deren Abschluss in Deutschland anerkannt war. Trotzdem wurde sie zur „Erprobung“ drei Monate ohne Lohn in einem Praktikumsverhältnis angestellt. Ziel ist hierbei ganz offensichtlich die Einsparung des Lohns. Die linken Kreisräte Johannes Müllerschön und Florian Vollert, sowie die Heilbronner LINKE-Stadträtin Bettina Michaelis, forderten von Landrat Detlef Piepenburg und dem Heilbronner Oberbürgermeister Harald Mergel ein sofortiges Eingreifen über den Aufsichtsrat der SLK. Der Landkreis und die Stadt sind Gesellschafter der GmbH. Ein anständiger Umgang mit den Beschäftigten muss gewährleistet sein. Die Mandatsträger forderten über diese Erprobungspraktika hinaus den Umgang mit Praktikanten zu prüfen. Allzu oft werden sie als billige Arbeitskräfte missbraucht. Die schwierige finanzielle Lage der Krankenhäuser kann nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden.

Nutzerzahlen nicht wie bei anderen Finanzierungsmodellen zu unkalkulierbar steigenden Kosten führt.

Vielmehr führt bei dieser Finanzierungsform eine steigende Zahl von Nutzern – also die Gewinnung von Neukunden – zu einer **Reduzierung** der öffentlichen Mittel. DIE LINKE ist überzeugt, dass sich bei diesem Modell die tatsächlichen Kosten weit unterhalb bisheriger Kostenschätzungen bewegen werden und die Aussicht besteht, dass sich dieses Modell – wie z.B. beim „KölnPass“ – weitgehend selbst tragen kann. Auch der VVS und die Nahverkehrsunternehmen in der Region profitieren mittel- und langfristig von einem attraktiven Sozialticket, da davon auszugehen ist, dass einmal für den ÖPNV gewonnene Kunden auch in erheblicher Zahl den ÖPNV weiter nutzen werden, wenn sie durch eine erhebliche Verbesserung ihrer Einkommensverhältnisse nicht mehr zum Bezug eines Sozialticket berechtigt sind.

Linke Kreisräte organisieren Bündnis für Rettung des Vaihinger Krankenhauses

Angst vor der Öffentlichkeit? Seit Monaten wird hinter verschlossenen Türen mit geheim gehaltenen Unterlagen die quasi Schließung des Vaihinger Krankenhauses vorbereitet.

Es war sehr schwierig für die vier Kreisräte und DIE LINKE im KV-Ludwigsburg diese Tour, die von allen anderen Fraktionen mitgetragen wurde, zu durchkreuzen. Hans-Jürgen Kemmerle, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Kreistag Ludwigsburg, sitzt nur als „Mitglied ohne Stimmrecht“ im Klinikaufsichtsrat. Aber auch in den Ausschüssen des Kreistages schienen die Mehrheitsverhältnisse, zumindest was die Fraktionsvorsitzenden anging, klar: Das Vaihinger Krankenhaus sei defizitär, es müsse geschlossen werden. Ein angefordertes Gutachten lässt keinen anderen Schluss zu. Erschwerend kam noch hinzu, dass der Termin über die endgültige Abstimmung im Kreistag vom Juli in den April vorgezogen wurde.



Trotz Intervention der LINKEN war an dieser Terminverschiebung nicht zu rütteln. Die Neoliberalen wissen weshalb: Seitdem die Pläne am 23. März 2015 der Öffentlichkeit in der Vaihinger Stadthalle vorgestellt wurden, ist es mit der Geheimniskrämerei vorbei. Erst jetzt? Unglaublich! Hat doch die örtliche FDP schon seit Monaten in Vaihingen/Enz tausende Unterschriften für den Erhalt des Krankenhauses gesammelt. Dazu macht sie seit Wochen auf dem Marktplatz in Vaihingen/Enz Kundgebungen und gibt sich als Retterin für die örtliche Klinik. Ihre Politik im Kreistag ist aber eine ganz andere.

Da helfen nur Bündnisse

Was die FDP nicht konnte oder wollte, hat DIE LINKE initiiert. Sehr schnell waren DGB, ver.di, IG-Metall, Betriebsseelsorge und der Katholische Arbeitnehmer-Bund als Bündnispartner gewonnen. Das Ziel: am 24. April 2015 vor dem Landratsamt als Bündnis eine Protestkundgebung durchzuführen. An diesem Tag wird endgültig über die Zukunft des Krankenhauses im Kreistag abgestimmt.



Den Erfolgsmeldungen über die Bündnisgründung konnte sich die Vaihinger Zeitung und zum Teil auch die Presse im Landkreis Ludwigsburg nicht entziehen und berichtete. Jetzt blieb den örtlichen Parteien (wohl gemerkt NUR den örtlichen) Grünen und SPD nichts mehr übrig, sie kamen ins Bündnis. Zuvor erklärte die FDP, dass sie dem Bündnis nur beitreten würde, wenn Grüne und SPD mitmachen. Als diese Aussage am nächsten Tag in der Presse zu lesen

war, gab es für die „Liberalen“ kein Zurück mehr. Das FDP-Logo ist nun auch auf dem Bündnis-Banner. Sogar Teilnehmer einer Klausur der evangelischen Kirchengemeinde in Vaihingen/Enz stimmten einstimmig dafür, dem Bündnis beizutreten.

Nicht gesiegt, trotzdem gewonnen

Am 24. April vor der entscheidenden Abstimmung über das Fortbestehen des Krankenhauses, fand nun die kleine,

aber feine Kundgebung vor der Kreistagsitzung in Ludwigsburg auf der Hindenburg Straße statt. Die Ängste in der Kreisverwaltung vor diesem demokratischen Akt waren groß.

Michael Schlecht sprach für die LINKE. Die Beiträge von der Bühne waren gut. Leider wurden die Reden nur von wenigen der 103 Kreisrätinnen und Kreisräte gehört. Die Abstimmung ging entsprechend aus. Bedauerlich ist, dass ausgerechnet die Grünen den Totengräber für das Krankenhaus Vaihingen spielen. Wieder einmal hat der Mammon über die Notwendigkeit einer guten, dezentralen Krankenversorgung gesiegt. Gewonnen wurde aber eine ganze Menge. Wir haben in der Öffentlichkeit zeigen können, dass wir uns für ihre Interessen stark machen. Es ist wichtig, dass man sich in der Kommunalpolitik engagiert und sich Themen sucht, die für die Menschen wichtig sind. Dann kann man auch Bündnisse schließen und mehr erreichen. Wie sagte schon Willi Bleicher: „Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren.“

Mannheim: Der Widerstand der MieterInnen-Initiative Adolf-Damaschke-Ring führt zum Erfolg

Sieben Monate dauerte es, bis sich die Geschäftsführung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GBG eines Besseren besann und ihre Pläne für die Adolf-Damaschke-Ring Mustersiedlung stark überarbeitete. Am 22.8.2014 hatte der „Mannheimer Morgen“ über die Ergebnisse eines Architektenwettbewerbs der GBG berichtet, wie die Siedlung abgerissen und neu aufgebaut werden sollte. Die Modernisierungskosten seien nur 300 bis 400 Euro je Quadratmeter billiger als der Neubau. Da sei Neubau angesagt. Dann sei alles modern, barrierefrei und eine Tiefgarage gebe es auch. Nur hätte dies für die meisten der BewohnerInnen der 280 noch bewohnten (von 341) Wohnungen bedeutet, dass sie die nicht subventionierten Neubausmietpreise nicht hätten bezahlen kön-

nen: 10,50 Euro statt der bisherigen ca. 6 Euro je m².

Das rief den erbosten und erbitterten Widerstand der MieterInnen auf den Plan. Sanierung ja (nach 50 Jahren), aber keinen Abriss.

Die Linke hatte von Anfang an darauf hingewiesen, dass die Herausnahme von mehreren hundert preisgünstigen Wohnungen aus dem Mannheimer Wohnungsangebot und deren Ersatz durch Neubauwohnungen, mit entsprechenden Preisen, vollkommen am Bedarf preisgünstiger Wohnungen vorbeigehe. Viele Menschen hätten in den letzten Jahren Einkommenseinbußen hinnehmen müssen, und zunehmend treten RentnerInnen in den Ruhestand, die nur noch über eine Armutsrente verfügen. Auch wenn 90% der 19.300 GBG-Wohnungen unter

6,30 Euro liegen: Auf keine kann man verzichten.

Nun hat der Aufsichtsrat mehrheitlich entschieden, dass nur so viele Blöcke abgerissen werden sollen, wie nicht unmittelbar zur Unterbringung der gegenwärtigen MieterInnen benötigt werden, also drei von elf. Die Tiefgaragenpläne sind aufgegeben – sie hätten die Mieten deutlich gesteigert. Stattdessen müssen wahrscheinlich Parkdecks in unmittelbarer Nähe der Siedlung errichtet werden.

Sollten nicht alle MieterInnen in den zu modernisierenden Blöcken unterkommen, haben sie Anspruch auf Wohnungen in den Neubauten zum Vorzugspreis von 7,50 Euro je m². Die modernisierten Wohnungen sollen künftig zwischen 6,80 und 7,00 Euro je m² Kaltmiete kosten. In den sogenannten Kopfbauten sollen kleine Wohnungen teilweise zusammengelegt und Aufzüge eingebaut werden. Die Neubauten (ab 2020) sollen allen Ansprüchen an moderne Neubauwohnhäuser sowohl energetisch wie auch in puncto Barrierefreiheit erfüllen.

Das nun beschlossene Konzept ist für die MieterInnen ein großer Erfolg und ebenso für das Gesamtwohnungsangebot in Mannheim. Dass ca. 120 Wohnungen abgerissen und neuen Standards entsprechend wieder aufgebaut werden, ist aus Sicht der Verjüngung, der im Gesamtdurchschnitt 50 Jahre alten Wohnungsbestände der GBG und der Zurverfügungstellung von neuen auch altersgerechten Wohnungen nur



deshalb ein Unglück, weil die Neubauten wahrscheinlich ohne nennenswerte öffentliche Wohnungsbauförderung mit Mietpreissenkung und Preisbindung errichtet werden müssen. Genau dies ist das Dilemma. Es wird höchste Zeit, dass der soziale Wohnungsbau wieder aus Mitteln des Bundes bzw. des Landes angeschoben wird. Sollten bis 2020 Fördermittel zur Verfügung stehen, müssten sie für diese Projekte unbedingt eingesetzt werden.

In der Neckarstadt Ost (Main-/Kinzig-/Carl-Benz-Straße) steht das Abrissprogramm der GBG immer noch im Raum. Definitive Beschlüsse zur Umsetzung liegen noch nicht vor. Jedoch hat die Diskussion im Bezirksbeirat des Stadtteils ergeben, dass die Linke als einzige Partei die Ersetzung preisgünstiger, zu modernisierender Wohnungen durch Neubauten kritisiert.

Im Hinblick auf das Schwerpunktelände für künftigen Wohnungsbau,

Linke Liste Reutlingen: „Wohnraum nicht dem freien Markt überlassen“

DIE LINKE reichten mehrere Anträge im Stadtrat und Kreistag zur Flüchtlingsunterbringung und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ein.

Bei einem Pressegespräch erläuterten Thomas Ziegler, Jessica Tatti und Achim Müller von den Linken sowie Anita Arndt von der Arbeitsgruppe Flüchtlinge die Anträge. Landrat Thomas Reumann hat laut Stadtrat Ziegler bereits zugesichert, die Anträge im Kreistag einzubringen. Da es dringenden Bedarf an preiswerten Wohnungen gibt und der städtischen Wohnbauflächen-Offensive „bislang nicht ausreichend Erfolg beschieden war“, beantragen die Linken-Stadträte zu prüfen, wie hoch genau der Bedarf an preiswerten Wohnungen in Reutlingen ist und die Ergebnisse dem Gemeinderat vorzulegen.

In die Erhebung sollen sowohl die Anzahl der Interessenten an GWG-Wohnungen als auch der Wohnungsbedarf für Hartz-IV-Empfänger und Flüchtlinge in der Anschlussunterbringung einbezogen werden. Es gehe darum, dem Gemeinderat darzulegen, welche Planungen und Sanierungsmöglichkeiten seitens der GWG-Wohnungsgesellschaft bestehen, um diese gegebenenfalls in das Konzept zur Schaffung von preiswertem Wohnraum einzubinden.

Umgehend Sozialwohnungen bauen!

Mit der GWG habe die Stadt das geeignete Instrument, um den Mangel anzugehen. Gerade die Diskussion um die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen habe gezeigt, dass der Wohnungsmarkt im preiswerten Segment den Bedarf für Menschen mit geringem Einkom-

der Konversionsfläche Benjamin-Franklin-Village, werden Verwaltung und MWSP-Geschäftsführung nicht müde zu betonen, dass hier alle bisherigen Versäumnisse im Wohnungsmarkt nachgeholt werden können. 50%, der dort zu modernisierenden oder neu zu bauenden Wohnungen, sollen Mietwohnungen werden, etwa 150 davon im unteren Preissegment. Dies soll durch Konzeptausschreibungen im Neubau bzw. durch Altbaumodernisierung ermöglicht werden. Die GBG soll hier eine wichtige Rolle spielen. In der Tat: Auf Benjamin Franklin ist vieles möglich. Nur ergeben die bisher geäußerten Überlegungen hinsichtlich preisgünstiger Wohnungen einen negativen Saldo, wenn man die Abrisspläne der GBG in Feudenheim und Neckarstadt Ost gegenrechnet. Hier kann das letzte Wort noch nicht gesprochen sein.

Thomas Trüper, Stadtrat in Mannheim, Aufsichtsrat GBG

men keineswegs decke: „Man darf den Wohnungsbau nicht dem freien Markt überlassen“, erläutert Jessica Tatti.

(...) Die Einführung eines Zweckentfremdungsverbots halten Ziegler und Tatti ebenso für notwendig wie die Aufstellung eines qualifizierten Mietspiegels (in Reutlingen besteht bislang nur ein einfacher Mietspiegel). Das schaffe Rechtssicherheit für Mieter und Vermieter und wirke stark ansteigenden Mietpreisen entgegen: „Es müssen umgehend Maßnahmen ergriffen und Sozialwohnungen gebaut werden“, appelliert Jessica Tatti an die Adresse der Stadtverwaltung (...).

Ein weiterer Antrag betrifft die Planungen zum Yperngelände, insbesondere zu den leer stehenden Gebäuden Ringelbachstraße 183 und 195. Die Linke Liste möchte wissen, welcher Aufwand mit einer Sanierung jener Gebäude verbunden ist, um den dringend benötigten Wohnraum für Flüchtlinge nutzbar zu machen. Ziegler und Tatti kritisieren, dass das Yperngelände verwahrlost sei und kein Unterschied zwischen vorläufiger und Anschlussunterbringung gemacht werde. Es sei nicht nachvollziehbar, dass für die Anschlussunterbringung Mehrbettzimmer für Flüchtlinge vorgesehen sind. Zudem möchte die Linke Liste Auskunft darüber, in welchem Zeitrahmen geplante Unterkünfte wie Hammerweg, Hauffstraße, Storlachstraße und Christophstraße belegt werden könnten: „Der soziale Friede in Reutlingen ist gefährdet, wenn Flüchtlinge nicht bedarfsgerecht untergebracht werden“, befürchten die Stadträte.

Des Weiteren beantragt die Linke Liste Auskunft darüber, wie viele Be-

wohner in den Einrichtungen in eine Anschlussunterbringung übergehen könnten, ob und in welchem Zeitrahmen der Landkreis ein Neubaukonzept für die „unzumutbare Unterkunft“ in der Carl-Zeiss-Straße verfolge oder ob Alternativstandorte eingerichtet würden, an denen eine Integration der Flüchtlinge vorteilhafter möglich ist: „Wir sehen ein starkes Informationsdefizit der Bevölkerung“, moniert Jessica Tatti und ihr Kollege Achim Müller ergänzt: „Wir brauchen ein neues städtebauliches Konzept!“

Quelle: Reutlinger Genaralanzeiger

Sindelfingen: Daimler fordert 62 Millionen Euro Rückzahlung

Baden-württembergische Städte müssen an Daimler einen insgesamt dreistelligen Millionenbetrag an Gewerbesteuer zurückzahlen – Wie kann so was sein?

Es war die Zeit als die rot-grüne Bundesregierung nach Weggang von Oskar Lafontaine sich als die besseren Wirtschaftsvertreter präsentieren wollte und die Wirtschaft bekam, was sich Helmut Kohl nicht traute ihr zu gewähren. Durch das Steuerentlastungsgesetz 2001 mussten die Gewinne aus dem Verkauf von Anteilen an Betrieben und Aktienfonds nicht mehr versteuert werden. Diese Steuerfreiheit war die Einladung für die Heuschrecken und natürlich auch für alle, die Geld zum Anlegen hatten. Ulrich Maurer nannte es zu Recht das „Heuschreckenanziehungsprogramm“. Auch Daimler hatte Gelder für die Betriebsrentner anzulegen und zockte in Erwartung steuerfreier Gewinne damit auf den Börsen. Dann kam der 11. September 2001 und die Aktienmärkte brachen ein. Es gab wie immer Gewinner, die ihre Papiere schnell loswurden, und es gab Verlierer, zu denen Daimler Benz gehörte.

Das Gesetz war aber schlampig formuliert. Daher wussten die Finanzämter nicht, wie sie es bei den Verlusten anwenden sollten. Sollte die Verluste aus der Zockerei mit den Gewinnen aus der Produktion verrechnet werden können und damit die Steuerlast bei der Körperschafts- und Gewerbesteuer drücken? Oder sollten die Verluste steuerneutral (nicht berücksichtigt werden), weil ansonsten die Gewinne privat bleiben und die Verluste sozialisiert werden?

Die rot-grüne Regierung hat 2003 nachgebessert und ausdrücklich ins Gesetz geschrieben, die Verluste dürften ab sofort nicht mehr zu Lasten der Steuer abgeschrieben werden und hat dies auch rückwirkend für die Jahre 2001 und 2002 festgehalten.

Die an der Spekulation Beteiligten wehrten sich gegen den Ausschluss ihrer

Verluste aus dem Zocken und gegen die Rückwirkung des Gesetzes.

Im Dezember 2013 erklärte schließlich das Bundesverfassungsgericht die Rückwirkung des Korrektur-Gesetzes für verfassungswidrig. Ob das ursprüngliche Gesetz von 2001 die Anrechnung der Verluste ausgeschlossen hatte, sollte der Bundesfinanzhof entscheiden, was dieser im Juni 2014 dann zugunsten der Unternehmen tat.

So kommt es nun in den Daimler-Städten Sindelfingen, Rastatt, Gaggenau, Mannheim, Esslingen und Stuttgart zu diesen Rückzahlungen aus dem Veranlagungsjahr 2002. Ein spätes und teures Ei, das uns da von der Schröder-Fischer-Regierung ins Nest gelegt wurde.

Den Verwaltungen kann man keinen Vorwurf machen. Da die Berechnung der Gewerbesteuer bei der Landesfinanzverwaltung erfolgt, haben sie keinen eigenen Handlungsspielraum. Sie können sich nur auf die Informationen der Landesfinanzverwaltung verlassen.

Einen Vorwurf machen muss man Finanzminister Nils Schmid. Er hat sein Ministerium nicht im Griff. Das Finanzministerium hätte spätestens seit September 2014 als das Urteil des Bundesfinanzhofs bekannt wurde, die Städte vorwarnen und auffordern müssen, Rücklagen zu bilden. Nun lässt Schmid seinen zuständigen Beamten sich rausreden, das unterläge ja dem Steuergeheimnis. Aber das ist Unsinn! Stattdessen beauftragte laut „Stuttgarter Zeitung“ vom 20.4.2015 die Landesfinanzverwaltung das Unternehmen, die Kommunen zu informieren. Damit hat man den Bock zum Gärtner gemacht. Daimler teilte drei Stunden nach dem Festakt „100 Jahre Daimler Benz“ am 27. März 2015 mit, dass die Stadt Sindelfingen mit 62 Millionen Rückzahlung rechnen müsse. Damit wurde die „Reset“-Taste für die Haushaltsdiskussion gedrückt.

Richard Pitterle, MdB

LINKE gegen unsicheren Abriss und „freimessen“ von radioaktivem Material

Am 18.3. wurden die Einwendungen von über 2.000 Personen gegen die Art und Weise des geplanten Abriss von GKN I beim baden-württembergischen Umweltministerium abgegeben. Aktive der Anti-AKW-Bewegung übergaben die Unterlagen an den Pressesprecher des Ministeriums, ins Gebäude wurden sie nicht gelassen. Weitere Einwendungen haben die Fraktion DIE LINKE im Heilbronner Kreistag, die beiden Heilbronner Stadträte Bettina Michaelis (DIE LINKE) und Hasso Ehinger (Bunte Liste), sowie der Brackenhheimer Stadtrat Volker Bohn (DIE LINKE) abgegeben. Ihnen ist ein Bezug zu den jeweiligen

Gremien wichtig, da von kommunalpolitischer Seite bisher kaum Einwände gegen den geplanten Abriss zu hören waren.

Zum Verständnis: natürlich sind die linken Kommunalpolitiker für die Stilllegung aller Atomkraftwerke, auch ein Abriss und die Verarbeitung vor Ort sind richtig. Allerdings gibt es starke Zweifel an der Art und Weise, wie dies von der EnBW geplant ist. Ein Thema ist die beantragte Freimessung von Teilen des AKWs. Nur 1% soll als Atomüll gelten, der Rest wird teilweise wiederverwertet oder landet auf den landkreiseigenen Mülldeponien. Hier muss eine genaue Kontrolle und strenge Richtwerte vor einem schnellen (und günstigen) Abriss gelten. Im Februar protestierte auch Robin Wood vor dem Umweltministerium in Stuttgart: „Durch den geplanten Abriss würden hunderttausend Tonnen strahlende Abfallstoffe wie Stahl und Beton zu Wiederverwendung etwa im Straßenbau freigegeben“, sagte eine Sprecherin der Umweltorganisation Robin Wood am Freitag.

Florian Vollert, Kreisrat, Heilbronn

DIE LINKE Breisgau: AKW Fessenheim abschalten

„Besonders am Tschernobyl-Gedenktag ist es notwendig ein klares Zeichen zu setzen, für die sofortige Abschaltung des AKW Fessenheim. Die Nutzung der Atomenergie ist eine Gefahr für alle Menschen auf beiden Seiten des Rheins. Wir schließen uns der Forderung der Anti-AKW-Bewegung an, den laufenden Austausch der Brennelemente im Block 2 dazu zu nutzen, die Innenwand des Druckbehälters auf Risse zu untersuchen. Ein belgischer Reaktor vom gleichen Typ musste, obwohl jünger als

Fessenheim, wegen Rissen im Edelstahl der Innenwand 2012 stillgelegt werden“, so Jürgen Gißler, Vorstandsmitglied der Breisgauer LINKEN.

DIE LINKE unterstützte am 26. April die Kundgebung vor dem AKW Fessenheim. Gißler: „Den Energiekonzernen, einschließlich der EnBW, muss endlich klar werden, dass sich die betroffene regionale Bevölkerung am Oberrhein mit aller Macht für die sofortige Abschaltung von Fessenheim einsetzen wird.“

Linke Gewerkschafter und Kommunalpolitiker beraten in Karlsruhe

LAG Betrieb und Gewerkschaft: „Gewerkschaftliche Positionen in kommunalen Parlamenten vertreten“

Die diesjährige Jahreshauptversammlung der Landes-AG Betrieb und Gewerkschaft fand am 18. April 2015 in der Karlsruher „Walhalla“ statt. Hier loteten die Mitglieder aus, mit welchen Mitteln die Gemeinde- und Kreisräte der Linken Einfluss auf die Arbeitsbedingungen der bei den Kreisen und Kommunen Beschäftigten nehmen können. Die Versammlung war inhaltlich mit dem Kommunalpolitischen Forum e.V. abgestimmt.

Gertrud Moll, eine Landessprecherin der AG, betonte, dass natürlich alle kommunalen Mandatsträger der Linken bei allen Entscheidungen die Interessen der Arbeitnehmer im Blick haben: Bei den Krankenhäusern, den Kitas, dem ÖPNV oder beim kommunalen Sozialen Wohnungsbau: „Heute geht es uns aber nur um die Beschäftigung bei den öffentlichen Arbeitgebern.“

News und Termine des Forums Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V.

Am 18. April beteiligten sich Mitglieder des Forums der AG Betrieb & Gewerkschaft in Karlsruhe. Ziel des Treffens war, die Kommunalpolitiker*Innen auf Forderungen von Gewerkschafter*Innen aufmerksam zu machen und den Austausch zu fördern.

Am 24. April wurde der Antrag der BAG Kommunalpolitik „Kommunalpolitische Leitlinien der Partei DIE LINKE“ im Stuttgarter LINKE-Büro besprochen. Als parteiunabhängiges Forum sind wir sehr an der kommunalpolitischen Ausrichtung linker Parteien interessiert, ein Austausch ist uns wichtig.

Bildungsangebote des Forums Linke Kommunalpolitik.

Mannheim, Samstag, **4. Juli**. Seminar zum Thema **Direkte Demokratie**. Referenten sind Edgar Wunder (Kreisrat und Vorstandsmitglied von Mehr Demokratie e.V.) und Sebastian Knopf (Stadtrat in Worms). Ein Thema wird der Bürgerhaushalt sein. Gökay Akbulut (Stadträtin Mannheim) wird von der Lage vor Ort berichten. **Ort:** Wahlkreisbüro Michael Schlecht, MdB, T6, 37, 68161 Mannheim | **Zeit:** wird noch veröffentlicht: www.kompofo.de

Stuttgart, **18. Juli**: Fortbildungsveranstaltung zur **neuen Gemeindeverordnung**. Referent ist Edgar Wunder; Clara Röder wird zusätzlich einen Vortrag zum Thema Baurecht halten. **Ort:** AWO Ost, Ostendstr. 83, 70188 Stuttgart, Raum 4 | **Zeit:** 11 bis 17 Uhr

Kontakt: Petra.braun-seitz@kompofo.de



Martin Auerbach stellte die aktuelle Auseinandersetzung der ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen dar, die um eine höhere Eingruppierung kämpfen. **Günter Busch** warnte ergänzend vor massivem Gegenwind aus den Medien: „Nach zwei Wochen Kita-Streik werden die Nerven vieler Eltern blank liegen. Wenn dann die BILD eine Kampagne gegen den Streik startet, brauchen die Streikenden starke Nerven, um nicht zusammenzubrechen. Sie werden das Gefühl bekommen, die ganze Nation ist gegen sie. Hier wird unsere Solidarität gefordert sein.“

Johannes Müllerschön stellte dar, dass die Stadt Heilbronn das Reinigungspersonal wieder insourcte: Erfolgreich und kostengünstiger als die Privaten. Und wie er scheiterte, als er dies auch im Kreis Heilbronn beantragte: Die Ideologie „Private können's besser“ setzte sich trotz des Positivbeispiels in der Stadt durch. „Aber da bleiben wir dran“, gab sich Müllerschön entschlossen.

Gerlinde Strasdeit wartete mit einem ganzen Potpourri von Forderungen zum Haushalt der Stadt Tübingen bezüglich Arbeitsbedingungen auf: Mehr Hausmeister für Schulen, mehr Stellen für den kommunalen Servicebetrieb, und auch hier: Die Rückführung des Reinigungspersonals in den öffentlichen Dienst samt den Vorteilen des Tarifvertrags. Und: Die Stadt soll ihre Briefpost nicht mehr über den Lohndrucker „sMail“ verschicken.

Florian Vollert, Vorstandsmitglied des „Kommunalpolitischen Forums e.V.“, erklärte, dass der Verein auf seiner Homepage eine Seite aufmachen werde, auf der konkrete Beispiele, Musteranträge usw. dargestellt werden, die für alle abrufbar sein werden. Die Seite ist

Vorankündigung: Bundestagsfraktion vor Ort zum Thema „Arm trotz Arbeit – Gute Arbeit, gute Löhne“ u.a. mit Prof. Wolfgang Däubler am Freitag, 10. Juli, 17 Uhr in Esslingen. IG-Metall-Gebäude, Julius-Motteler-Straße 12

bereits geschaltet: <http://www.kompofo.de/category/themenbereiche/betriebgewerkschaft/>

„Wir sind alle in einer Partei und müssen uns bemühen, an allen Fronten mit einer Stimme zu sprechen“, sagte Stefan Dreher abschließend.

Horb: Widerstand gegen TTIP von vielen Seiten

Nachdem lange wenig bekannt war über die Freihandelsabkommen TTIP und CETA, regt sich nun weithin Widerstand nicht nur bei Linken, sondern auch bei Gewerkschaften und Teilen der mittelständischen Wirtschaft. Richard Pitterle, der Bundestagsabgeordnete der Linken aus Böblingen, stellte sich im Kloster Horb den Fragen von rund 20 Zuhörern.

Nationale Parlamente müssen den Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP) nicht zustimmen, meint die Europäische Kommission. Zustimmung müssen allerdings die Regierungen aller beteiligten Nationen und für und gegen diese Zustimmung wird allerorten heftig gerungen. Noch heute ist es selbst für Bundestagsabgeordnete nicht leicht, auf dem aktuellsten Stand zu sein, und Wikileaks-Dokumente zählen zu den begehrten Informationsquellen. „Wi-

derstand gegen die Abkommen gibt es keineswegs nur in Europa“, so Richard Pitterle, „und er ist auch längst nicht nur die Sache der Linken.“

TTIP und CETA verbessern die Rahmenbedingungen der Global Player für Investitionen auf der jeweils anderen Seite des Atlantiks, zumindest aus deren Sicht, nicht jedoch aus der Sicht des Mittelstandes, der dadurch unter die Räder kommt und der bereits ungewohnte Allianzen mit Gewerkschaften schließt. Denn die Wirtschaft insgesamt wird nicht wesentlich stimuliert und Arbeitsplätze werden nicht geschaffen. Anders lautende Ankündigungen des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) wurden längst deutlich widerlegt.

Freihandelsabkommen mit Investorenschutz gibt es schon heute zwischen vielen Staaten. Investorenschutz heißt, dass Unternehmen Anspruch darauf haben, dass die Rahmenbedingungen ihrer Investition erhalten bleiben. Falls nicht, wird Schadensersatz des Landes fällig, das die Bedingungen verschlechtert hat. Selbst Tony Abbott, der konservative Regierungschef Australiens tobt. Sein Land soll nun Schadensersatz an die Zigarettenindustrie zahlen, weil auch Australien die Warnhinweise auf Zigarettenpackungen eingeführt hat. In Deutschland klagt das Energieunternehmen Vattenfall auf Ersatz des Schadens, der ihm auf Grund des von der Bundesregierung verfügten Atomausstiegs entsteht.

In ganz Europa wurden zur Einleitung einer europäischen Volksabstimmung von der Kampagne „TTIP und CETA stoppen“ seither fast 2 Millionen Unterschriften gesammelt. Diese seien wichtig, sagt die EU-Kommission, denn bei bilateralen Verträgen seien Volksabstimmungen unzulässig. Pitterle meint jedoch: „Die Stimmen sind trotzdem wichtig, denn sie zeigen, dass der Widerstand gegen TTIP ein Gesamteuropäischer ist und nicht nur einer der ‚hysterischen Deutschen‘, wie Wirtschaftsminister Gabriel es unlängst in Davos vermutet hat.“



Heike Hänsel (MdB): TTIP ist ein Anschlag auf die Demokratie

Kolumne der Tübinger Bundestagabgeordnete Heike Hänsel, aus dem „Schwäbischen Tagblatt“.

Am 18.4. fand unter dem Motto: „Mensch und Umwelt vor Profit!“ der globale Aktionstag gegen Freihandelsabkommen statt. Das geplante TTIP-Abkommen mit den USA, aber auch die Abkommen CETA und TISA stehen dabei in Europa im Vordergrund, während in Lateinamerika gegen bereits bestehende Freihandelsabkommen mit den USA und der EU demonstriert wird. Gerade in Lateinamerika, zum Beispiel in Mexiko, sieht man die sozialen und ökologischen Verwerfungen der neoliberalen Freihandelspolitik. Arbeitsmigration, mehr Armut und Gewalt sind die Folgen. Ich halte mich gerade mit dem Entwicklungsausschuss in Guate-

Freihandelspolitik. Alternativlos sei das Abkommen, eine Chance für Wachstum und Arbeitsplätze und notwendig gegen die Konkurrenz aus Asien. Dabei zeigen Studien, dass durch TTIP die Löhne sinken können und in Europa ein Arbeitsplatzabbau droht. Per Freihandelsvertrag vereinbarte Marktzugänge und Privatisierungen in der Daseinsvorsorge sollen nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Das ist das Ende wirtschaftspolitischer Entscheidungen und

ein Anschlag auf die Demokratie, denn dann wird jede Regierung, egal welcher Partei, auf dieselbe Politik vertraglich festgelegt. Der geplante Investitionsschutz, inklusive Schiedsgerichte, schreibt diesen Vorrang vor der Politik fest. Denn es ermöglicht Unternehmen schon alleine dann gegen neue Gesetze zu klagen, wenn sie ihre Gewinnerwartungen schmälern könnten. TTIP und Co werden nur durch unseren anhaltenden Protest verhindert.

9. Mai Stuttgart: Nie wieder Faschismus und Krieg!

Bündnisaufruf zu Demonstration und Kundgebung am 9. Mai in Stuttgart

Beginn 13 Uhr Lautenschlagerstr. ca. 14.30 Mahnmal für die Opfer des Faschismus
Tag der Befreiung – Unser Auftrag für Demokratie, Solidarität und Frieden

Der 8. Mai 1945 war der Tag der Befreiung vom faschistischen Terror und vom Krieg. Die Befreiten von damals erlebten den 8. Mai als „Morgenröte der Menschheit“ wie es Peter Gingold, ein jüdischer Antifaschist und Kommunist, einst formulierte.

An diesem Tag hatten die Nazis, ihre Förderer und Parteigänger den Krieg verloren. Für die Mehrheit der Menschen in Europa bedeutete er die Hoffnung auf Frieden, Freiheit und Zukunft. Damals wurde dieser Tag überall in Europa als Freuden- und Feiertag begangen. Anders in Deutschland: in der westdeutschen Bundesrepublik war das offizielle Vokabular von Begriffen wie „Kapitulation“, „Niederlage“ und „Zusammenbruch“ geprägt. Es dauerte 40 Jahre, bis Bundespräsident Richard von Weizsäcker vom „Tag der Befreiung“ sprach und damit die Perspektive von der Sicht der Besiegten auf jene der Befreiten wechselte. Zum 70. Jahrestag fordern wir, den 8. Mai endlich als Tag der Befreiung der Menschen und Völker Europas von Faschismus und Krieg angemessen zu begehen und ihn als bundesweiten gesetzlichen Feiertag einzuführen. Tatsächlich gibt es keinen Tag in der Geschichte Europas, der so viel Freude und Erleichterung ausgelöst hat, der gleichzeitig so teuer errungen werden musste, wie dieser 8. Mai 1945. Mehr als 55 Millionen Menschen fielen Nazi-Terror, Holocaust und Vernichtungskrieg zum Opfer. Sie bezahlten den deutschen Griff nach der Weltherrschaft mit unvorstellbarem Leid und ihrem Leben. Die deutsche Wirtschaft, allen voran Chemie- und Rüstungsindustrie und Banken waren die Hauptgewinner von „Arisierung“, Krieg und der Ausbeutung von KZ-Häftlingen und ZwangsarbeiterInnen. Die Hauptlast des Krieges und der Befreiung trugen die Menschen in der Sowjetunion. Millionen alliierte Soldaten, Frauen und Männer aus dem Widerstand, PartisanInnen und Kriegsverweigerer haben für diesen Tag ihr Leben

riskiert und geopfert. Sie alle kämpften als Teil der Anti-Hitler-Koalition für eine Welt ohne Kriege, Elend und Unterdrückung. Ihnen danken wir. Ihr Einsatz hat den Menschen in Europa nach den bitteren und schmerzhaften Jahren der Verfolgung und Unterdrückung den Neuanfang, die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft, den Aufbau eines Lebens in Frieden, Freiheit und Vielfalt ermöglicht. Mit der Gründung der UNO und der Erklärung der Menschenrechte eröffneten sich weltweit neue Möglichkeiten für das friedliche und solidarische Zusammenleben der Menschen und Staaten. Dieses Vermächtnis des 8. Mai 1945 ist heute mehr als gefährdet: Der Frieden ist brüchiger denn je. In vielen Ländern der Welt wie in Afghanistan, im Irak, in Syrien, in der Ukraine, in Libyen und anderen Ländern Afrikas toben Kriege. Während es 1945 hieß: „Nie wieder Krieg vom deutschen Boden!“ sind heute deutsche Waffen und auch wieder deutsches Militär fast überall beteiligt. Die Bereitschaft, „deutsche Interessen“ zur Sicherungen von Rohstoffen, ihren Transportwegen, Exportmärkten und Einflussphären erneut mit militärischen Mitteln durchzusetzen, ist gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung in Regierung und Bundestag wieder politische Praxis geworden. Regierung und Bundespräsident rufen zur Übernahme von mehr „Verantwortung“ auf und meinen damit mehr Aufrüstung und Militär. Tatsächlich ist die konfrontative Politik gegenüber Russland, die Aufstellung einer NATO-Eingreiftruppe für Osteuropa und die Führung dieser „Speerspitze“ durch die Bundeswehr ein unverantwortliches Spiel mit dem Feuer. Gleichzeitig erleben wir einen rasanten Aufstieg neofaschistischer Kräfte. So konnte die Naziterrorgruppe „NSU“ jahrelang unbehelligt eine blutige Spur faschistischen Terrors durch unser Land ziehen. Im Zuge der schleppeienden Aufklärung dieser Verbrechen werden Hinweise auf Vertuschung und



mala auf, das mit 54% Armutsquote dringend Entwicklung benötigt, die EU aber vor allem an Freihandel interessiert ist, um ihre Produkte dort auf die Märkte zu werfen und billig Rohstoffe zu importieren. Diese Form des Handels ist zerstörerisch, vernichtet Existenzen weltweit und macht Menschen zu Flüchtlingen. Wir brauchen eine neue, gerechte Handelsordnung. Das fordern auch die Gegner von TTIP. 1,6 Millionen Unterschriften hat die selbst organisierte Bürgerinitiative in der EU gegen TTIP bereits gesammelt. Mehr als 370 Organisationen beteiligen sich an den Aktionen gegen das Abkommen. Meinungsumfragen zeigen regelmäßig, dass die Mehrheit der Menschen in diesem Land gegen TTIP ist. Die EU und die Bundesregierung schert die Meinung der Bevölkerung dabei wenig und sie rühren weiterhin die Werbetrommel für ihre

Verflechtungen mit Geheimdiensten und Sicherheitsbehörden immer dichter. Rassismus, Chauvinismus, Antisemitismus und Antiziganismus, Islamfeindlichkeit – alle möglichen Ideologien zur Begründung sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Ausgrenzung haben Konjunktur. In Parteien, sogenannten Kameradschaften und vermeintlichen Bürgerinitiativen versuchen rechte Kräfte dieses Potential zu organisieren und zu bündeln. Die soziale Spaltung der Gesellschaft verschärft die Angst vor dem Abstieg in die Armut und ist zunehmend mit der Bereitschaft zu gesellschaftlicher Ausgrenzung und Gewalt verbunden. Wir erleben, dass Grund-

rechte immer weiter eingeschränkt werden und wir unsere Privatsphäre kaum noch schützen können. Das Vermächtnis und der Auftrag des 8. Mai gebieten es, die Forderung „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!“ in den Mittelpunkt aller politischen Kämpfe zu rücken. Die vielen Opfer, die für den Tag der Befreiung erbracht werden mussten, geben uns diesen Auftrag: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens ist unser Ziel.“ So lautete der Schwur der befreiten Häftlinge von Buchenwald. Diesem Schwur fühlen auch wir uns weiterhin verpflichtet: Nie wieder Faschismus und Krieg!

ist es so, dass es da eingeschränkte Voraussetzungen gibt: Es geht nämlich darum, wie die Bundeswehr in Zukunft effektiver sein kann.

Dieses neue Weißbuch wird sehr viel klarer machen, auf was diese Bundeswehr in Zukunft ausgerichtet sein wird. Zum Beispiel auf das, was sie in Schnöggersburg üben wird, in dieser Übungsstadt im Bau, in der Colblitz-Letzlinger Heide in Sachsen-Anhalt bei Magdeburg, dort wird der Häuserkampf geübt, dort wird Dschungelkampf geübt, dort wird geübt, wie in U-Bahnen gekämpft werden kann, das sind konkrete Kampfszenarien der Bundeswehr der Zukunft. das ist genau das was wir nicht wollen, wir wollen nicht, dass die Bundeswehr kämpft, wir wollen, dass sie abgerüstet wird.

Tobias Pflüger beim Ostermarsch in Stuttgart

Die große Koalition aus CDU/CSU und SPD hat entschieden, dass sie bewaffnete Drohnen anschaffen will. Wir sind hier, weil wir das nicht hinnehmen wollen, dagegen demonstrieren wir hier. Diese geplante Anschaffung von Kampfdrohnen wird eine der fatalsten Entscheidungen sein, die im Militärbereich von dieser Koalition getroffen wird. Ich kann schon ankündigen, sie werden eine Opposition dagegen bekommen, wir werden alles tun, was möglich ist, damit diese Kampfdrohnen nicht angeschafft werden!

Es waren mal bis zu 10.000 Soldaten der Bundeswehr im Auslandseinsatz. Derzeit sind es „nur“ 2.500. Aber: Gleichzeitig beteiligt sich die Bundeswehr derzeit an einer ganzen Reihe von Manövern und Übungen insbesondere in Osteuropa. Dabei werden – nach eigenen Angaben – ca. 5.200 Soldaten der Bundeswehr an diesen NATO-Manövern teilnehmen. Und die Begründung ist immer wieder, es sei deshalb notwendig diese Manöver zu betreiben, weil man ein Zeichen gegen Russland setzen will.

Wir wollen hier heute ein Zeichen setzen, dass Sicherheits- und Friedenspolitik nur mit Russland möglich ist und nicht gegen Russland. Und wir fordern, dass sämtliche dieser NATO-Manöver gestoppt werden. Diese NATO-Manöver sind Kriegsgeklüngel. und das wollen wir nicht! Wir wollen, dass die Bundeswehr nicht an diesen Manövern teilnimmt!

Die Bundeswehr spielt bei diesen NATO-Manövern eine Schlüsselrolle. Die Bundeswehr soll bei der „Speerspitze“ der NATO (die nennen das tatsächlich so!) mehr als die Hälfte der 5.000 Soldaten stellen. Und das ist nur die Elitetruppe innerhalb der Eingreiftruppe der NATO, insgesamt sollen das 30.000 bis 35.000 Soldaten werden, die aufgestellt werden gegen Russland. wir fordern die Auflösung dieser Eingreiftruppe, wir wollen keine „Speerspitze“ der NATO!

Wer eine Bundeswehr hat, der muss nach der immanenten Logik auch gleichzeitig einen militärisch-industriellen Komplex vorhalten. Die derzeitige „Verteidigungs“-Ministerin Ursula von der Leyen, hat eine Liste in Auftrag gegeben, wie das derzeit so läuft mit den großen Rüstungsprojekten. Sie hat die 15 größten derzeit im Auftrag befindlichen und auch sehr teuren Projekte auflisten lassen und dabei wurde festgestellt, dass in keinsten Weise die Rüstungsindustrie sich an Verträge hält, sondern dass die ganzen Waffen deutlich später kommen und ein Vielfaches teurer sind. Ich will mal zwei Beispiele nennen: Zum Beispiel der Eurofighter kam 136 Monate später wie vereinbart und war sage und schreibe 6,7 Milliarden teurer. stellt Euch das mal in der normalen Wirtschaft vor. Wenn jemand ein solches Projekt machen würde ist es entweder Stuttgart 21 oder das würde niemals gehen.

Das ist nicht das einzige Rüstungsprojekt, sondern ein weiteres Beispiel, der NATO-Hubschrauber 90, kam 158 Monate später und kostete 1,1 Milliarden Euro mehr. Ich könnte gerade so weiter machen. Das hat damit zu tun, dass es einen Abnehmer gibt, den Staat, und die Rüstungsindustrie sich leisten kann was sie will. Und es ist offensichtlich so, dass man für diese Rüstungsindustrie alles tut. Wir wollen, dass endlich die Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie umgewandelt werden in zivile Arbeitsplätze!

Das gilt bundesweit und insbesondere auch hier in Baden-Württemberg, weil hier die Rüstungsindustrie stark ist. Ich begrüße ausdrücklich den Beschluss, den die IG Metall Stuttgart gefasst hat, für eine Rüstungskonversion und gegen Rüstungsexporte, ich danke der IG Metall Stuttgart für diesen Beschluss.

Jetzt wird es ein neues Weißbuch für die Bundeswehr geben. Ursula von der Leyen will die Bevölkerung daran teilnehmen lassen an dem Prozess der Erstellung des Weißbuches. Allerdings

Es wird bisher ja immer behauptet, die Bundeswehr sei eine Parlamentsarmee. Und jeder Einsatz würde durch das Parlament gehen, wir wissen das stimmt nicht, aber jetzt kommt dazu, dass extra eine Kommission eingeführt wurde, die so genannte Ruhe-Kommission, die insbesondere wenn es um gemeinsame Einsätze innerhalb der NATO und der EU geht, regeln soll, wie die ohne das jedes Mal in Zukunft das beschließen zu lassen im Bundestag, durchgeführt werden können. Hier wird der Parlamentsvorbehalt endgültig ausgehöhlt. Das wollen wir nicht und wir werden dafür kämpfen, dass wenn die Bundeswehr schon eingesetzt wird, dass es wenigstens so ist, dass der Bundestag darüber abstimmen muss.

Die Bundeswehr befindet sich bis heute – und das sieht man z.B. an einer Reihe von Traditionsräumen – leider nach wie vor auch in der Tradition der Wehrmacht. An einem Punkt sind sie besonders stolz und beziehen sich bis heute darauf, das sind die Fallschirmjäger, aber auch die Gebirgsjäger. Die Fallschirmjäger der Wehrmacht hatten einen berühmt-berüchtigten Einsatz in Griechenland in Kreta.

Wir haben jetzt eine Debatte, dass die Bundesrepublik Deutschland bis heute nicht die notwendigen Reparationen gezahlt hat und bis heute nicht den Zwangskredit, den damals das nationalsozialistische Regime Griechenland abgetrotzt hat, zurückgezahlt hat.

Ich bin der Meinung, dass es richtig ist, dass endlich Reparationen an Griechenland und die griechischen Menschen, die darunter gelitten haben, gezahlt werden! Und es wäre dringend notwendig, dass endlich diese Tradition der Bundeswehr mit der Wehrmacht vollständig beendet wird.

(gekürzte Rede)

Tobias Pflüger ist im Vorstand der Informationsstelle Militarisierung und stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE

Solidarität mit Rojava – Veranstaltungsreihe in Heilbronn

Mit einer Veranstaltungsreihe zu Rojava, dem kurdischen Gebiet in Nordsyrien, und des basisdemokratischen Aufbaus der Region wollen das Kurdische Gemeinschaftszentrum, das Alevitische Kulturzentrum, die Organisierte Linke (OL), die Verdi-Jugend Heilbronn-Franken und DIE LINKE Heilbronn-Unterland auf die aktuellen Entwicklungen aufmerksam machen. Nach zwei Demonstrationen mit mehreren hundert Teilnehmer*Innen in Heilbronn, soll nun bei Informationsabenden über das Thema berichtet werden.

In einer ersten Veranstaltung zum Thema „Die Rolle der Frauen in der kurdischen Bewegung“ wurde auf die



emanzipatorische Dimension einer solidarischen Gesellschaft in Rojava hingewiesen. In Rojava gibt es in jeder Gemeinde eigene Frauenräte, selbstverwaltete Frauenkooperativen und kostenlose Frauenakademien. Alle politischen Führungspositionen sind gleichzeitig von einer Frau und einem Mann besetzt. Zwei Frauen des kurdischen Frauenbüros CENI waren am 28.3. in den Räumen des kurdischen Gemeinschaftszentrums als Referentinnen eingeladen. Sie berichteten vor 60 Zuhörer*Innen von dem doppelten Kampf der Frauen für die kurdische Selbstbestimmung und gegen die Rollenbilder in der eigenen Gesellschaft.

Am 17. April wurde der Film „The Silent Revolution“ vorgeführt. Der Film beschreibt den Aufbau eigener Selbstverwaltungsstrukturen unter dem Begriff „Demokratische Autonomie“ und vermittelt Einblicke in den Alltag, bevor die Terrorgruppe „Islamischer Staat“ das Kurdengebiet attackierte.

Am 28. April um 19.00 Uhr gab es einen Reisebericht aus Rojava. Yannik Hinzmann sprach über seine Reise nach Kobane als Mitglied der Linksjugend [solid]. Auch ein deutscher Vertreter der größten kurdischen Partei in Rojava, PYD, sprach bei der Veranstaltung.

Florian Vollert, Heilbronn

Ein neuer LandessprecherInnenrat für die Linksjugend

Die Linksjugend[‘solid] Baden-Württemberg hat sich einen neuen Vorstand gewählt. Gemeinsam will er 2015 linke Jugendpolitik im Ländle gestalten. Auch die Landtagswahl hat man dafür schon im Blick. – Am 28. Februar war es wieder soweit. Die Basisgruppen von Konstanz bis Heidelberg, von Ulm bis Offenburg trafen sich im Lilo-Herrmann-Haus in Stuttgart für ihre Jahreshauptversammlung (JHV). Dieses Mal, so wussten alle, würde es eine anstrengende Sitzung werden. Aus Termingründen musste das sonst zweitägige Treffen an einem einzigen Tag abgehalten werden. Das hieß Stress und Sitzungsdisziplin für die jungen Linken. Wer die oft hitzige Debatten- und Sitzungskultur im Jugendverband kennt, weiß, dass das nicht immer einfach ist.

Auf der Tagesordnung standen dieses Jahr vor allem Wahlen. Nicht nur musste ein neuer LandessprecherInnenrat (LSpR) gewählt werden, sondern auch die Delegation aus Baden-Württemberg für den Bundeskongress der Linksjugend in Erfurt Ende April, die BeisitzerInnen im Landesvorstand der LINKEN und die Landesauschussdelegierten für die Linksjugend. Dazu kamen die Berichte und Entlastungen der alten GeschäftsführerInnen und der Finanzerin. Alles Dinge eben, an die man als einge-

tragener Verein so denken muss.

Trotz aller Befürchtungen ging am Ende aber alles glatt über die Bühne. Nachdem am Vormittag alle Berichte zügig abgehandelt worden waren, konnten sich die GenossInnen am Nachmittag ganz der Wahl des neuen Vorstands widmen. Am Ende entschied sich die JHV für Vanessa Kohm und Lee Wiegand aus Emmendingen und Villingen-Schwenningen als neue GeschäftsführerInnen. Zudem sind ab sofort Selin Gören aus Mannheim und Paul Eckhartz aus Heidelberg für die Pressearbeit verantwortlich. Das Heft über die Finanzen ging hingegen an Hilke Hochheiden aus Mannheim und Christian Kallwass aus Ulm. – Das neue Team des Jugendverbandes geht mit viel Motivation an ihre Aufgaben heran. „Wir wollen unbedingt mehr Jugendaspekte in den anstehenden Landtagswahlkampf tragen“, sagt zum Beispiel Vanessa. „Dazu gehören für uns besonders Ausbildungs- und Mobilitätsfragen, speziell in den ländlicheren Regionen. Aber auch die Debatte um eine fortschrittliche Drogenpolitik gehört für uns mit dazu“. Und Paul ergänzt: „Wir möchten den Wahlkampf der Partei DIE LINKE kritisch und solidarisch begleiten. Auch für uns wäre es ein großartiger Gewinn, wenn die Partei es in den Landtag schaffen würde“. Man

Pfingstcamp der Linksjugend: Auf zur „Verplantwirtschaft“!

Die Linksjugend[‘solid] Baden-Württemberg lädt auch dieses Jahr wieder alle Genossinnen, Genossen und Sympathisant*innen auf ihr alljährliches Pfingstcamp nach Karlsruhe ein.

Die Welt im Jahr 2015: Furcht und Elend in weiten Teilen dieser Welt, sei es aus kriegerischen Auseinandersetzungen, Umweltzerstörung oder schlicht die langsam reifende Erkenntnis, dass das Versprechen des kapitalistischen Systems ein würdiges Leben für alle Menschen schaffen zu können nicht richtig ist. Und selbst in wohlhabenden Staaten wie der BRD wächst die Angst vor der Zukunft: Es könne doch so nicht weiter gehen und der Wunsch nach der „guten alten Zeit“ schlägt sich Bahn in rassistischen, anti-feministischen und anti-demokratischen Bewegungen. Und alles scheint alternativlos. Ist es das wirklich?

Dieser Frage wollen wir nachgehen. Daher wird es wieder ein breites Angebot an Workshops und Lesekreisen geben, die mal mehr philosophisch, mal mehr praxisbezogen, einen Zugang zu verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Problemen und Fragestellungen bieten. Und natürlich wollen wir dabei auch jede Menge Spaß haben.

Wenn du also Lust auf ein tolles Wochenende mit sicherlich vielen spannenden Diskussionen und netten Menschen hast, dann komm doch einfach vorbei!

Das Pfingstcamp wird vom 22. bis 25. Mai im Pfadfinderheim Friedrichstal (bei Karlsruhe) stattfinden.

Um sich anzumelden, bitte eine E-Mail mit folgenden Infos an:

anmeldung[at]linksjugend-solid-bw.de:

Vollständiger Name, Alter (alle unter 18-Jährigen erhalten ein Elternformular). Schlafmöglichkeit: Zelt (Eigenes?) oder Matratze (Es sind leider nur begrenzt Plätze auf Matratzen frei!). Wenn man ein eigenes Zelt hat, bitte angeben wie viele Plätze noch frei sind für andere. Mögliche Allergien/Unverträglichkeiten bitte angeben.

Wir freuen uns auf alle interessierten Genossinnen und Genossen. Weitere Informationen und einen ersten Einblick in das Programm gibt es auf der Webseite der Linksjugend[‘solid] Baden-Württemberg unter: www.linksjugend-solid-bw.de

merkt, dass die Landtagswahl nächstes Jahr nicht nur die Partei umtreibt. Auch die jungen Genossinnen und Genossen wollen ihren Teil dazu beitragen, dass es 2016 gelingt in den Stuttgarter Landtag einzuziehen. Ohne Gegenstimmen wurde deshalb auch der Antrag zur Gründung eines Arbeitskreises für einen Jugendwahlkampf beschlossen, der bisher mit einem Augenzwinkern als „AKW“ betitelt ist. Dort soll zunächst ein Kurzwahlprogramm für junge Menschen erstellt werden. Außerdem will man diskutieren, wie Jugendliche auch im Schwarzwald zum Beispiel besser erreicht werden können. Aber auch sonst hat sich der neue LSpR eine Menge vorgenommen. „Wir wollen unsere Themen und Ideen präsenter machen“, sagt Paul, der als Mitarbeiter der Studi-Zeitung in Heidelberg schon ein gutes Stück Erfahrung im Bereich Pressearbeit mitbringt.

„Als aller erstes müssen wir uns jetzt erst einmal kennenlernen und eine vernünftige Aufgabenverteilung für alle finden“, meint Lee. „Das Pfingstcamp im Mai muss fertig organisiert werden. Und auch an unserer Kampagne zur 30-Stunden-Woche wollen wir weiter arbeiten.“, ergänzt er. Tatsächlich musste sich der neue LSpR direkt in die Arbeit stürzen. Für Ende April steht schon die gemeinsame Fahrt nach Erfurt auf den Bundeskongress der Linksjugend[‘solid] an. Da war es tatsächlich wichtig, keine Zeit zu verlieren.

Auch 2015 wird es für die jungen Linken also eine Menge zu tun geben. Egal ob Blockupy-Proteste, G7 oder eben die Vorbereitung auf den Landtagswahlkampf im Winter: wir gratulieren dem neuen LandessprecherInnen-Team zur Wahl und wünschen ihnen viel Erfolg bei den Aufgaben, die noch vor ihnen liegen.

Kevin Kulke

Zwischen 23. und 29. April 2015: Solidaritäts- und Infoveranstaltungen zu Griechenland mit Theodoros Paraskevopoulos

In der Zeit zwischen 23. und 29. April 2015 führte die LINKE in Freiburg, Lahr, Stuttgart, Mannheim und Heidelberg Solidaritäts- und Informationsveranstaltungen zu Griechenland mit Theodoros Paraskevopoulos durch. (Die Veranstaltungen fanden nach Redaktionsschluss und vor Auslieferung des Landesinfos statt, d. Red.) Auf den Veranstaltungen sprachen auch VertreterInnen des Landesvorstands die LINKE Baden-Württemberg und Michael Schlecht (MdB Die LINKE).

Theodoros Paraskevopoulos ist Ökonom und Mitglied der Leitung von Syriza. In der nächsten Ausgabe des Landesinfos und in Kürze auf der Homepage der Linken Baden-Württemberg erscheint ein ausführliches Interview mit ihm.

Wir dokumentieren nachfolgend die

Kirchentag 2015 von 3. bis 7. Juni 2015 in Stuttgart

Auf zahlreichen Veranstaltungen werden PolitikerInnen der Linken auftreten, u.a. Gregor Gysi, Bernd Riexinger, Petra Pau, Bodo Ramelow, Heike Hänsel, Annette Groth und andere. Auch die Kampagne der LINKEN gegen prekäre Beschäftigung und Lebensverhältnisse werden wir am Strand der Linken vorstellen. Die zahlreichen Veranstaltungen werden wir auf der Website des Landesverbandes dokumentieren. Hier die bislang bekannten Termine.

Veranstaltungen der Linksfraktion/ der Partei/RLS –Stiftung

Empfang der Bundestagsfraktion, Mittwoch, 3. Juni, 18 Uhr im Haus der Wirtschaft, Ort: Willi-Bleicher-Straße 19, 70174 Stuttgart

„Gott und die Welt – christliche Werte in der Politik“, Donnerstag, 4. Juni 13:30 bis 14:15 Uhr / Mit **Bodo Ramelow, Petra Pau**, Ort: Markt der Möglichkeiten (Messegelände im Stuttgarter NeckarPark)

„Frieden wagen in neuen Zeiten der Abschreckung“. Mit Dr. **Gregor Gysi, Renke Brahms** (Friedenspolitischer Sprecher der EKD), Paul Russmann (Ohne Rüstung leben), Donnerstag, 4. Juni 15:30–16:15 Uhr. Ort: Markt der Möglichkeiten, Bühne „MarktPlatz 1“

„Kinderarmut lässt sich abschaffen – Kindergrundsicherung und Kindergrundeinkommen“. Donnerstag, 4. Juni 19.30 – 21.30 Uhr, Ort: RLS Regionalbüro Stuttgart, Stuttgart, Ludwigstr. 73a, 70176 Stuttgart. Es diskutieren:

• Regina-Dolores Stieler-Hinz, Vorsitzende der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands e. V. • Birgit Löwe, 1. Vorsitzende der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfra-

gen in Bayern e.V. • Prof. em. Dr. Franz Segbers, Theologe, Sozialethiker • Moderation: Ronald Blaschke, Netzwerk Grundeinkommen

„Diese Wirtschaft tötet“. Kirchen gemeinsam gegen Kapitalismus. Freitag, 5. Juni 11.15 – 12.45 Uhr. Alt-Katholische Gemeinde, Ökumenesaal, Katharinenplatz 5, 70182 Stuttgart. Präsentation des Buches „**Diese Wirtschaft tötet**“. **Kirchen gemeinsam gegen Kapitalismus**, herausgegeben von Franz Segbers und Simon Wiesgickl. Erschienen im VSA-Verlag und Verlag Publik-Forum. **Vorstellung des Buches durch Ministerpräsident Bodo Ramelow**. Diskussionsrunde über die Thematik des Buches mit: Dr. Wolfgang Gern, Präsident des Diakonischen Werkes Hessen und Nassau, Conny Hildebrandt, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Prof. Dr. Franz Segbers Moderation: Dr. Wolfgang Kessler, Chefredakteur Publik-Forum

„Feindbild Islam in Zeiten neuer Kulturkämpfe“. Freitag, 5. Juni 18:30 Uhr. Ort: RLS Regionalbüro Stuttgart, Ludwigstr. 73a, 70176 Stuttgart

„Gefährliche Allianzen: Das Geflecht von christlichen Fundamentalisten und politisch Rechten am Beispiel des Widerstands gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg“. Samstag, 6. Juni 10 bis 12 Uhr. Ort: Zentrum Weissenburg, Weißenburgstr. 28A, 70180 Stuttgart. Mit Andreas Kemper, Marcus Felix (GEW) u.a. Moderation: Christoph Ozasek.

„Entrüstet euch“ – für ein Menschenrecht auf Frieden. Konzert/Lesung Konstantin Wecker, Margot Käßmann, Heike Hänsel (MdB) am 6. Juni um 20 Uhr, Martinskirche, Stuttgart-Möhringen.



70 Leute nahmen an der Veranstaltung mit Theodoros Paraskevopoulos in Freiburg teil.

digkeit von Hilfskrediten? Insbesondere da Syriza mit dem klaren Ziel angetreten ist, das Spardiktat zu beenden. Welche Rolle nimmt Deutschland und die deutsche Arbeitsmarktpolitik dabei ein?

Über diese und andere Fragen werden Theodoros Paraskevopoulos, Ökonom und Leitungsmitglied von Syriza und Mitverfasser des Regierungsprogramms und Michael Schlecht, MdB wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, im Bundestag gemeinsam mit Ihnen/Euch diskutieren.

Dazu möchten wir alle Interessierten herzlich einladen. Gemeinsam wollen wir über Möglichkeiten und Wege linker Politik in einer scheinbar so verfahrenen Situation wie in Griechenland diskutieren. Insbesondere auch, was wir hier in Deutschland zur Solidarität mit dem Griechinnen und Griechen beitragen können.

Bericht aus dem Bundesausschuss

Der Bundesausschuss ist satzungsgemäß ein Konsultativ-, Initiativ- und Kontrollorgan unserer Partei. Als Delegierte für den Landesverband Baden-Württemberg nahmen Jutta Graf-Baier und Alexander Kauz teil. Neben Berichten zur aktuellen Lage der Partei, im gesamten politischen Kontext, waren die wichtigsten Beschlüsse die Verabschiedung des Finanzplanes für 2015, die Befassung mit einem Publikationskonzept und zwei wichtige inhaltliche Papiere für die weitere innerparteiliche Diskussion.

Dem Bundesausschuss angegliedert ist die AG „Parteiaufbau“ früher Ost – West AG. Diese Arbeitsgruppe verständigte sich auf ihrer Novembersitzung 2014 zwei wichtige Impulse zu geben.

Die manifest gewordene Rechtsentwicklung in historischer Genese und für eine friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes.

Absicht war zum einen, eine Antwort darauf zu finden, weshalb in Deutschland rechte Kräfte, wie AfD oder Pegida und auf europäischer Ebene rechte bzw. faschistische Kräfte in einem bedrohlichen Ausmaß Zulauf finden, was die politische Linke aufwecken muss.

Zum anderen veranlasste uns die innerhalb der Partei DIE LINKE Ende letzten Jahres sich zuspitzende scharfe Israel-, bzw. Antisemitismusdiskussion eine inhaltliche Plattform zu bilden, mit welcher der Diskussion die Schärfe genommen werden kann bzw. mit einer inhaltlichen Klärung die Fronten entspannt werden und die Positionierung um Konsens erfolgen könnte. Damit beauftragt wurden u.a. Julia Wiedemann, Heinz Bierbaum und Harri Grünberg.

Frieder Rabe und weitere GenossInnen erarbeiteten das Papier zur Rechts-

Europäische Gewerkschaften: Gutachten gegen Troika-Diktat

Die von Deutschland maßgeblich bestimmte „Troika-“ und Austeritätspolitik – verletzt Menschenrechte und verstößt gegen europäische und internationale Rechtsnormen

Die „Kammer für Arbeiter/innen und Angestellt für Wien“ hat in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund, dem Europäischen Gewerkschaftsbund und dem Europäischen Gewerkschaftsinstitut ein Rechtsgutachten unter dem Titel „Austeritätspolitik und Menschenrechte“ in Auftrag gegeben (veröffentlicht Dezember 2013). Dabei werden die Rechtspflichten der Unionsorgane beim Abschluss der sog.

„Memoranda of Understanding“ untersucht. Das Gutachten liefert viele ausgearbeitete Rechtsbegründungen und politische Argumente, warum diese Politik nicht nur in jeder Hinsicht – und auch im Sinne ihrer Betreiber – gescheitert ist, sondern grundlegende Menschenrechte schwer verletzt. Das Gutachten ist als PDF-Dokument auf der Homepage der Arbeiter/innenkammer Wien erhältlich (s.u.)

„Seit Beginn der Finanzmarktkrise haben einige EU-Mitgliedstaaten im Zusammenwirken mit der sog. „Troika“, die gebildet ist aus EU-Kommission (KOM), Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IMF), eine rigide Sparpolitik verfolgt. Diese auch Austeritätspolitik genannte Politik hat in kurzer Zeit mit dem Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM), der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität und dem Vertrag zur Einrichtung des

Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESMV) Instrumentarien entwickelt, über die in den betroffenen Ländern auf Grundlage sogenannter Memoranda of Understanding (MoU) Sparmaßnahmen und Strukturreformen initiiert und durchgesetzt werden sollen. Die MoU enthalten detaillierte Zeitpläne für Sparmaßnahmen und Strukturreformen, welche die betroffenen Staaten erfüllen müssen, um entsprechende Kredittranchen zu erhalten. Die MoU werden durch die Troika ausgehandelt. So heißt es etwa im Art. 13 Abs. 4 ESMV, dass die KOM im Benehmen mit EZB und IMF das MoU aushandelt, dabei die Finanzierungsauflagen festsetzt und das MoU unterzeichnet. Der Gouverneursrat macht das MoU sodann zur Grundlage der Auszahlung von Finanzhilfen nach dem ESM. Neben der direkten Konditionalisierung jener Länder, die direkt um Geld aus den Rettungsschirmen ansuchen mussten (Griechenland, Irland, Portugal, Rumänien, Spanien und Zypern), kam es auch zu einer indirekten Konditionalisierung anderer Staaten. So forderte etwa die EZB von Italien für den Ankauf von Staatsanleihen (auf dem Sekundärmarkt) Privatisierungen im großen Ausmaß, die Verlagerung der Tarifverhandlungen auf Betriebsebene, Gehaltskürzungen im Öffentlichen Dienst, die Privatisierung von Versorgungsunternehmen und die Einführung von automatischen Korrekturmechanismen im Defizitfall.“ (Arbeiterkammer Wien, http://wien.arbeiterkammer.at/service/studien/eu/Austeritaetspolitik_und_Menschenrechte.html)

entwicklung. Nach ausführlicher Diskussion entstand daraus der Text „Auch bei uns ist Krieg wieder möglich“.

Der Bundesausschuss empfiehlt dem Parteivorstand, in der Tagesordnung für die 3. Tagung des 4. Parteitages der Partei DIE LINKE am 6. und 7. Juni 2015 in Bielefeld folgende Schwerpunkte zu berücksichtigen:

Intensivere Hinwendung der LINKEN zur sozialen Frage in ihren konkreten Erscheinungsformen, verbunden mit Ringen um breitere soziale Gerechtigkeit.

Kampf gegen Rechtsentwicklung in all ihren Schattierungen, verbunden mit dem Ausbau der sozialen Demokratie.

Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr und Tendenzen der Militarisierung, verbunden mit der Unterstützung des Kampfes um den Frieden.

Diese Empfehlung an den Parteivorstand wurde einstimmig angenommen.

Im Verlauf der Diskussion des von Harri Grünberg, einem deutsch-israelischen Genossen, der in Südamerika auf-

gewachsen ist und in Israel Soldat war, vorgestellten Papiers, waren sich die Delegierten einig, dass unsere Partei diesen tiefen und vielschichtigen Konflikt nicht lösen kann. Harri Grünberg machte in seinen Ausführungen deutlich, dass die politischen Akteure in Israel und Palästina sehr genau beachten, wie sich die einzige grundsätzliche Oppositionskraft in Deutschland positioniert.

Aus diesem Grund erachten wir das Papier als wichtige Grundlage für die Weiterführung der Debatte innerhalb und außerhalb der LINKEN. Der BA empfiehlt dem Parteivorstand, nach den Wahlen Mitte März in Israel, einen Vertreter/in der israelischen Linken in den BA und/oder Bundesparteitag einzuladen.

Beschlossen wurde dann, das Eintreten der LINKEN: Für eine friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes. Für die Zweistaaten Lösung: Israel und Palästina, die friedlich und in gesicherten Grenzen nebeneinander existieren. Für die Anerkennung des

Staates Palästina durch die Bundesregierung. Gegen Antisemitismus weltweit: Auseinandersetzung mit und Zurückweisung von jeder Form des Antisemitismus.

Berlin 21.–22. Februar 2015, Alexander Kauz (KV Emmendingen)

DIE LINKE in den Landtag: Ja – aber vor allem INS LAND!

Für einen Wahlkampf mit der Kampagne „Das muss drin sein“
Anmerkungen der Antikapitalistischen Linken

Im Februar sagte die Partei der Presse: „DIE LINKE fehlt im Landtag“, es braucht „Druck von links im Landtag“, denn „eine sozial-ökologische Opposition ist wichtiger als je zuvor“. Aber geben die anderen Parteien so einfach unserem Druck nach oder lassen sie uns nicht eher links liegen, weil – überspitzt gesagt – unser Druck nur aus Drucksachen besteht?

Jüngste Umfragen sehen DIE LINKE bei 5 %; das gute Abschneiden in Hamburg macht Mut, aber dort ist die Partei Teil des Protests auf der Straße und führte einen „aufsuchenden Wahlkampf“.

So ist es gut, dass die „DIE LINKE in Baden-Württemberg schwarze Gebiete mit mehr roten Flecken anreichern“ und mit vielfältigen Aktivitäten „mehr Menschen erreichen“ will. „Wenn uns Fortschritte beim Parteaufbau gelingen, haben wir eine Chance, in den Landtag einzuziehen.“ (Landesinfo 4/14, S. 17) Aber ist nicht die Verankerung vor Ort letztlich entscheidend?

Die beste Möglichkeit dafür ist aus unserer Sicht die Kampagne gegen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse.

Hier können wir betroffene Menschen „aufsuchen“, mit ihnen zusammen gegen diese Verhältnisse kämpfen und so Gegenkräfte aufbauen. Hier erfahren Menschen unmittelbar den politischen Nutzen der LINKEN – machen Linke wichtige politische Erfahrungen! „Denn die entscheidenden Stimmen werden... nicht im Wahlkampf gewonnen, sondern in der täglichen Arbeit“. (Thesen zur Strategiedebatte, S. 3)

Trotz der durchaus begrüßenswerten Absichten der Partei scheint uns aber, dass die Bedeutung von Wahlen und Parlamentsarbeit gefährlich überschätzt wird. Beides ist doch Teil der kapitalistischen Herrschaftsausübung, insofern nicht neutral anzusehen oder gar in fortschrittlicher Weise zu nutzen! DIE LINKE darf also keinesfalls der Versuchung nachgeben, ihren Schwerpunkt allmählich auf Parlamentsarbeit und Stellvertreterpolitik zu legen, „um nicht der strukturellen Macht von Kapitalinteressen und parlamentarischer Logik zu erliegen. Wir wollen die Menschen ermutigen, selbst für ihre Interessen in Aktion zu treten.“ (Parteiprogramm/ PPr, S. 75)

Entscheidend ist, die parlamentarische Arbeit richtig zu gewichten. Diese „gestalten wir so, dass sie der Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen linken Kräften und der öffentlichen Darstellung eigener Reformvorschläge und damit letztlich der Entwicklung neuer gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse dient“ (PPr, S. 74), denn die „strategische Kernaufgabe der LINKEN besteht darin, zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Gegenkräfte beizutragen.“ (PPr, S. 72)

In diesem Sinne will die AKL den Wahlkampf in der Kampagne: „Das muss drin sein“ mit den Betroffenen führen und dabei klar kapitalistische

Hintergründe benennen. So werden wir alle mehr in der Gesellschaft, ggf. auch im Landtag „drin sein“.

i.A. <w.ott@die-linke-stuttgart.de>

Israel Palästina und die Partei DIE LINKE

Diskussionsangebot des Landesverbandes,
am Sonntag, 5. Juli 2015 – 10:30 bis 17:30,
im Bürgerhaus Möhringen, Filderbahnplatz 32, 70567 Stuttgart.

Für eine friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts wollen wir einen Beitrag des Bundesausschusses diskutieren und an der Realität des Nahen Ostens messen.

Harri Grünberg, Politologe, Autor, wiss. Mitarbeiter im Bundestagsbüro von Wolfgang Gehrke und Co-Autor der Schrift: „Für eine friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts – Beitrag zur Debatte in der LINKEN“ wird das Papier vorstellen und an der Politik der Bundesregierung, an den Gaza-Kriegen und seinen Folgen sowie der aktuellen Situation nach den letzten Wahlen in Israel reflektieren. In drei Arbeitsgruppen werden die Kernthesen des Papiers diskutiert. Die Veranstaltung bezieht sich auf einen Beschluss des Landesparteitages. Anmeldungen bitte an Barbara Rochlitzer, Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand: Barbara.Rochlitzer@web.de

Am Vortag, Samstag, den 4.7., findet ebenfalls im Bürgerhaus Stuttgart/Möhringen ein Seminar der Rosa-Luxemburg Stiftung Baden-Württemberg statt, das sich mit dem Thema befasst: „Israel und Palästina. Zionismus und Nakba. Zwei Narrative, die einander ausschließen?“ Siehe auch www.bw.rosalux.de.

Publikationen der Bundestagsfraktion

Broschüre TTIP stoppen! Broschüre, Geheimes Handelsabkommen bedroht unsere Demokratie; 32 Seiten, Postkartengröße • **Broschüre „Flüchtlinge willkommen heißen – Vorurteilen entgegengetreten“**, Fakten zum Thema Asyl, Format: DIN A6 (Postkarte), Umfang: 32 Seiten. Material gegen die verbreiteten Vorurteile in Sachen Migration, Flüchtlinge und Asyl entgegen getreten werden kann. • **Folder „Für gute Arbeit und eine sanktionsfreie, bedarfsdeckende Mindestsicherung statt Hartz IV“**, Format: DIN lang (10x21cm), 6 Seiten

Bestellungen über das Versandportal: <http://versand.linksfraktion.net>. Solltest du keinen Zugang zum Versandportal haben, bitte eine Email mit der Versandadresse an: versand@linksfraktion.de

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

Bildungsprogramm Mai – Juli 2015

Verdinglichung – Zur Aktualität und Geschichte eines Schlüsselbegriffs Kritischer Theorie

02.05., 10:30 Uhr, Hegelhaus, Eberhardstraße 53, Stuttgart

Der Zweite Weltkrieg. Vorgeschichte des Krieges & Widerstand gegen die deutsche Besatzung

06.05., 19:30 Uhr, Haus der Jugend, Dürerstr. 21, Göppingen

Religiöser Fundamentalismus. Ursachen, Formen und Umgang

13.05., 19:30 Uhr, Bürgerhaus Neckarstadt, Lutherstr. 17, Mannheim

Lateinamerikas Linke zwischen Utopie und Praxis. Das Beispiel Bolivien

20.05., 20:00 Uhr, Club Voltaire, Haagasse 26B, Tübingen

Antifaschistische Aktion. Geschichte einer linksradikalen Bewegung

21.05., 19:30 Uhr, Bürgerhaus Neckarstadt, Lutherstr. 17, Mannheim

Die große Entwertung. Warum Spekulation und Staatsverschuldung nicht die Ursache der Krise sind

02.06., 19:00 Uhr, Universität, Raum A 701, Universitätsstraße 10, Konstanz

Kinderarmut lässt sich abschaffen – Kindergrundsicherung und Kindergrundeinkommen in der Diskussion

04.06., 19:30 Uhr, RLS Regionalbüro, Ludwigstr. 73A, Stuttgart

Unheilige Allianz. Das Geflecht von christlichen Fundamentalisten und politisch Rechten in Baden-Württemberg

06.06., 10:00 Uhr, Weissenburg e.V., Weißenburgstr. 28A, Stuttgart

Die NSA-Affäre. Historische Grundlagen und notwendige Konsequenzen

18.06., 19:30 Uhr, VHS Reutlingen, Spenhausstr. 6, Reutlingen

Israel und Palästina: Zionismus und Nakba. Zwei Narrative, die einander ausschließen?

04.07., 10:30 - 19:00 Uhr, Bürgerhaus Möhringen, Filderbahnplatz 32, Stuttgart

Die proletarische Frauenbewegung im Ersten Weltkrieg

22.07., 19:30 Uhr, Clara-Zetkin-Haus, Gorch-Fock-Str. 26, Stuttgart

Fahrt zur und Führung in der Gedenkstätte des ehemaligen

Konzentrationslagers Natzweiler-Struthof

25.07., verschiedene Zustiegmöglichkeiten - siehe Website



Geschäftsstelle

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart. Tel.: 0711-241045, Fax: 0711-241046. info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de. Dienstag bis Freitag, 10 Uhr bis 17 Uhr

Landesvorstand

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Landesvorstand, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart.

Geschäftsführender Landesvorstand

Christoph Cornides (Landeschatzmeister), Briefe bitte: c/o DIE LINKE. Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Telefon 0621-331650, Fax 0621-331656, christoph.cornides@die-linke-bw.de. • Sahra Mirow, sahra.mirow@die-linke-bw.de • Barbara Rochlitzer, b.rochlitzer@die-linke-stuttgart.de • Heidi Scharf, heidi.scharf@die-linke-bw.de • Dirk Spöri, dirk.spoeri@die-linke-bw.de • Bernhard Strasdeit (Landeschäftsführung), Telefon: 07071-21534, Mobil: 0171-1268215, Fax: 07071-23946, Mail: strasdeit@die-linke-bw.de

Landesschiedskommission

Landesschiedskommission DIE LINKE, Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart

Spenden und Beiträge

DIE LINKE. Baden-Württemberg IBAN: DE58 6001 0070 0289 5827 00, BIC: PBNKDEFF BLZ: 60010070, Konto 289582700

Kreisverbände

Baden-Baden/Rastatt

Beate Schneider, 76530 Baden-Baden, 07221/72845, Mail: bea-schneider@web.de. Norbert Masson, 76477 Elchesheim-Illingen, 07245/6051, Mail: badnerbu@aol.com, Net: www.baden-baden.die-linke-bw.de

Biberach

Uli Widmann, 88491 Riedlingen, 07371/3390, uliwidmann@aol.com, www.die-linke-biberach.de

Bodensee

Regionalbüro Bodensee-Oberschwaben, Wilhelmstraße 31, 88045 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6 01 72 44, eMail: detlef.boehnert@dielinke-bodensee.de

Böblingen

Kreisgeschäftsstelle DIE LIN-

KE.Böblingen, Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel.: 07031/6337773, mail: info@linke-bb.de, www.linke-bb.de

Breisgau/Hochschwarzwald

siehe auch Regionalbüro Freiburg, Mail: vorstand@dielinke-breisgau.de, Net: www.dielinke-breisgau.de

Calw

Hans-J. Drebber, Forststr. 42/1, 75382 Althengstett, Tel.: 07051-3516, Mail: all-pro-handel@web.de

Emmendingen

Alexander Kauz, 79183 Waldkirch, Tel.: 07681-23143, Mail: vorstand@die-linke-emmendingen.de, net: www.die-linke-emmendingen.de

Esslingen

Heinrich Brinker, Telefon: 0171/4239869, Mail: heinrich_brinker@t-online.de, Net: www.die-linke-esslingen.de

Freiburg

DIE LINKE. Freiburg/Regionalbüro, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761/29280730, Mail: vorstand@dielinke-freiburg.de, Net: www.dielinke-freiburg.de

Freudenstadt

Über Landesgeschäftsstelle

Göppingen

Thomas Edtmaier, 73033 Göppingen, Tel.: 07161/4019042, Mail: info@edtmaier-home.de

Heidelberg / Badische Bergstraße

Carsten Labudda, Theodor-Heuss-Str. 14, 69469 Weinheim, Tel: 06201/876758; Mail: carsten.labudda@dielinke-kv-heidelberg.de; Net: www.dielinke-kv-heidelberg.de

Heidenheim

Dieter Köhler, Buchhofsteige 28, 89522 Heidenheim a.d. Brenz, Tel.: 07321-955873, Mail: dieter.koehler@voith.com

Heilbronn

Volker Bohn, Maulbronner Straße 4/1, 74336 Brackenheim, 0151-14906528, volker.bohn@die-linke-heilbronn.de Florian Vollert, Amselweg 7, 74189 Weinsberg, 0176-23787711, florian.vollert@dielinke-heilbronn.de

Hohenlohe /Schwäbisch-Hall

Kai Bock, 01726910468, kai.bock@die-linke-sha.de, http://die-linke-sha.de

Karlsruhe

DIE LINKE. Karlsruhe, Schützenstr. 46, 76137 Karlsruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www.dielinke-ka.de, Tel: 0721-35489342

Konstanz

Jürgen Geiger, Kindlebildstr. 10A, 78467 Konstanz, eMail: die-linke-konstanz@gmx.de

Kraichgau-Neckar-Odenwald

Christian Anschütz, Eleonore Ortgies, Gerold Seitz; Tel.: 072616596000 Email: Info@die-Linke-KNO.de Web: www.die-Linke-Kno.de. Postanschrift über: c/o WK-Büro Michael Schlecht, T6 37, 68161 Mannheim

Lörrach

Manfred Jannikoy, Schwarzwaldstraße 21, 79539 Lörrach, Mail: kreisvorstand@dielinke-loerrach.de; Net: www.dielinke-loerrach.de

Ludwigsburg

Sebastian Lucke, Mobil: 0175 564 99 35, Mail: sebastian.lucke@hotmail.de; Web: http://www.ludwigsburg.die-linke-bw.de

Main-Tauber

Rolf Grüning, 97941 Tauberbischofsheim, Tel. 09341-600366, Mail: rechtsanwalt-Gruening@t-online.de

Mannheim

Kreisverband Mannheim, T6, 37, 68161 Mannheim, Tel: 0621-1227218 (mit AB) • Thomas Trüper, Am Brunnengarten 24, 68169 Mannheim, Tel.: 0621-306216, Mail: ttrueper@aol.com. • Elli Brinkschulte, Tel.: 0621/1227218, eMail: elli.brinkschulte@dielinke-ma.de

Ortenau

Markus Widera, 77716 Haslach i.K., Tel.: 0162-2420331, Mail: markus.widera@dielinke-ortenaue.de

Ostalb

Christa Klink, 73434 Aalen, 07361/41743, klink.christa@t-online.de

Pforzheim

Claus Spohn, claus.spohn@online.de, www.die-linke-pforzheim.de

Ravensburg

Michael Konieczny, Webergasse 9, 88299 Leutkirch, Tel.: 0162-1332334, Mail: m_konie@web.de, www.die-linke-ravensburg.de

Rems-Murr

Reinhard Neudorfer, Telefon: (07151) 5 48 06; Mail: reinhard.neudorfer@die-linke-rem-murr.de. Net:http://linke-bw.de/kv-rem-murr/

Reutlingen

Petra Braun-Seitz, 72768 Reutlingen, Tel.: 07121-600289, eMail: p.braun-seitz@t-online.de • Rüdiger Weckmann, 72764 Reutlingen, Tel.: 07121- 44792, eMail: weckmann@kabelbw.de

Rhein-Hardt

Heinrich Stürtz, Tel. 06221/6738478, h.l.stuertzt@gmx.net, www.die-linke-rhein-hardt.de

Schwarzwald-Baar-Heuberg

Enikő Riek-Nagy, Rottweil,

Paul Wachter, Tuttlingen, Tel.: 07461-6558, Mail: vorstand@die-linke-schwarzwald.de, net: www.die-linke-schwarzwald.de

Sigmaringen

Über Landesgeschäftsstelle

Stuttgart

DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711-72236848, eMail: info@die-linke-stuttgart.de;

Tübingen

Die Linke KV Tübingen, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen. Tel.: 07071-208811. Info@die-linke-tuebingen.de. www.die-linke-tuebingen.de

Ulm / Alb-Donau

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, eMail: buero-ulm@dielinke-bw.de

Waldshut

Paul Barrois, 79733 Görwihl, Tel.: 07754- 929243, paul.barrois@web.de

Zollernalb

Andreas Hauser, Meßstetten, mobil: 0152/56602713 Mail: A.u.T.Hauser@t-online.de

Zusammenschlüsse

LAG Antikapitalistische Linke

AKL, Werner Ott, w.ott@dielinke-stuttgart.de

LAG Antifa

Reinhard Neudorfer, 07151-54806, ckramerneudorfer@onlinehome.de

LAG Betrieb und Gewerkschaften

Stefan Dreher, 0162-2352964, mail@stefandreher.de

LAG Bildung

Erhard Korn, lag-bildung@kabelbw.de

LAG Bürgerrechte und Demokratie

Dr. Edgar Wunder, 0151-22671258, mail@edgarwunder.de

LAG Forum Demokratischer Sozialismus

Marco Radojevic, Sierenmoostr. 1. 78464 Konstanz, Tel. 01523 434 7561, Mail: marco.radojevic@gmx.de.

LAG Frieden

Thomas Haschke, 0711-81477965, thomas.haschke@gmx.de

LAG Frauen

Susanne Weiß, susannegweiss@gmail.com

LAG Gesundheit und Soziales

Prof. Dr. Lothar Schuchmann, 0761-131516, lothar_schuchmann@gmx.de

LAG Grundeinkommen

Eva-Maria Glathe-Braun, evama-

ria_glathe@gmx.de

LAG Hartz 4

Jürgen Steinhof, 0176/
19363080, steinhof55@hotmail.com

LAG Kommunistische Plattform

Renata Eckhoff, 07331-66520,
renata.eckhoff@t-online.de

LAG Linke Unternehmer/innen

Volker Bohn, 0151-14906528,
volker.bohn@dielinkeunterland.de

LAG Ökologische Plattform

Wolfgang Kämmerer, mail@
wolfgangkaemmerer.de

LAG Queer

Christian Stähle, 0171-9181900,
Stadtrat-Staehle@gmx.de

LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Gotthilf Lorch, 07071-369783,
gotthilf.lorch@amici-tue.de

Hochschulgruppen DIE LINKE.SDS

Freiburg: jt.meier@gmx.de •
Heidelberg: www.sds-heidel-
berg.de • Karlsruhe: die-linke@
usta.de • Konstanz: rykenkrat-
zer@hotmail.com • Ludwigs-
burg: urdenc@gmail.com •
Mannheim: sds@dielinke-ma.de
• Tübingen: www.solid-sds.de

Linksjugend [solid]

Linksjugend [solid] Landesge-
schäftsstelle Schützenstr. 46,
76137 Karlsruhe, Tel: 0721-
35489341, info@solid-bw.de,
www.solid-bw.de

Bundestags- abgeordnete

Regionalbüro Ostwürttemberg

Gartenstr. 74, 73431 Aalen

Wahlkreisbüro Heike Hänsel

Tübingen: Linkes Forum, Am
Lustnauer Tor 4, 72074 Tübin-
gen, Tel. 07071-208810, Fax:
07071-208812, heike.haensel@
wk.bundestag.de, www.heike-
haensel.de • Regionalbüro
Ost-Württemberg, Lindenstr. 27,
89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823,
Fax 0731-3988824, ulm@heike-
haensel.de

Wahlkreisbüro Karin Binder

Schützenstr. 46, 76137 Karls-
ruhe. Tel: (0721) 3548 575
(mit AB), Fax: (0721) 3548
9396. Mail: karin.binder@
wk.bundestag.de, www.
karin-binder.de • Regionalbüro
Freiburg, Greiffeneggring 2,
79098 Freiburg, Tel: 0761-
292807301, gregor.mohlberg@
die-linke-bw.de

Wahlkreisbüro Michael Schlecht

T6 37, 68161 Mannheim, Tel.
(0621) 401713-7, Fax: (0621)

401713-9, michael.schlecht@
wk2.bundestag.de, www.
michael-schlecht.net
Stuttgart Bürgerbüro, Marienstr.
3a, 70178 Stuttgart; michael.
schlecht@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Annette Groth

Wilhelmstr. 31, 88045 Fried-
richshafen, Tel.: 07541/6 01 72
43, Tel.: 07541/6 01 72 44, an-
nette.groth.wk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Richard Pitterle

Wilhelmstr. 24, 71034 Böblin-
gen, Tel. (07031) 8184868, Fax:
(07031) 8184869, richard.pit-
terle@wk.bundestag.de, www.
richard-pitterle.de
Regionalbüro Heilbronn, Al-
lee 40, 74072 Heilbronn, Tel.
(07131) 8971992, Fax: (07131)
8971993, richard.pitterle@wk2.
bundestag.de

Kommunalmandate

Aufgeführt sind die alle bekann-
ten Mandatsträger/innen, die
Mitglieder der LINKEN sind oder
über (Bündnis-)Listen der LIN-
KEN gewählt wurden.

Regionalversammlung Stuttgart

Wolfgang Hoepfner (Wolfgang.
Hoepfner@region-stuttgart.
org), Friedhelm Hoffmann
(Friedhelm.Hoffmann@region-
stuttgart.org), Christoph Oza-
sek (Christoph.Ozasek@region-
stuttgart.org), Peter Rauscher
(p.rauscher@ntz.de)

Kreistage

BIBERACH: Ulrich Widmann
(uliwidmann@aol.com); **BÖBLIN-
GEN:** Markus Arnold (markus.
arnold.bb@gmx.de), Norbert
Füßinger (nfuessinger@web.
de), Brigitte Ostmeyer (brigitte.
ostmeyer@die-linke.de); **BODEN-
SEE:** Roberto Salerno (roberto.
salerno@gmx.de), Roland Bi-
niossek (roland.biniossek@
arcor.de); **ESSLINGEN:** Peter Rau-
scher (p.rauscher@ntz.de), Jo-
chen Findeisen (attacht@yahoo.
de), Reinhold Riedel (reinhold.
riedel@tele2.de); **GÖPPINGEN:**
Christian Staehle (Stadtrat-
Staehle@gmx.de); **HEIDENHEIM,**
Horst Mack (horst.mack@linke-
heidenheim.de); **HEILBRONN:**
Johannes Müllerschön (johmu-
ellerschoen@nexgo), Florian
Vollert (florian.vollert@gmx.
de); **HOHENLOHE:** Ernst Kern
(ernstkern@gmx.de); **KARLSRU-
HE:** Jürgen Creutzmann (creutz-
mannjuergen@web.de); **KONS-
TANZ:** Marco Radojevic (marco.
radojevic@gmx.de), Hans-Peter
Koch (hpk.kn@t-online.de); **LUDWIGSBURG:** Hans-Jürgen
Kemmerle (kemmerle_ludwigs-
burg@yahoo.de), Peter Schimke
(peter.schimke@gmx.de), Wal-
ter Kubach (walter.kubach@t-

online.de), Annegret Jeziorski
(taz_anne2003@yahoo.de); **MAIN-TAUBER:** Rolf Grüning
(rechtsanwalt-gruening@t-
online.de); **ORTENAU:** Andreas
Kirchgeßner (solylibertad@web.
de), Lukas Obwald (lukas.forst-
arbeiten@gmx.de); **OSTALB:**
Veronika Stossun (stossun@
online.de), Cynthia Schnei-
der (cynthiaschneider24@
gmail.com); **RAVENSBURG:**
Till Bastian (t.bastian@klinik-
wollmarshoehe.de), Wolfgang
Nippe (nippe@posteo.de); **REMS-MURR:** Stephan Kober
(st.kober@arcor.de), Christian
Hinrichsen (christian.hinrich-
sen@dielinke-rems-murr.de); **REUTLINGEN:** Petra Braun-Seitz
(p.braunseitz@t-online.de),
Thomas Ziegler (ziegler.rae@
gmx.de); **RHEIN-NECKAR:** Edgar
Wunder (mail@edgarwunder.
de), Carsten Labudda (carsten.
labudda@dielinke-rhein-neckar.
de), Detlef Gräser (d.graesser@
web.de), Mandy Vacklahovsky
(vacklahovsky@gmail.com); **TÜBINGEN:** Bernhard Strasdeit
(strasdeit@t-online.de), Margit
Paal (maggie@lu15.de), Ema-
nuel Peter (emanuelpeter@
gmx.de), Gisela Kehrer-Bleicher
(kehrer-bleicher@t-online.de); **WALDSHUT:** Norbert Portele
(portelegreiner@t-online.de); **ZOLLERNALB:** Andreas Hauser
(a.u.t.hauser@t-online.de)

Stadt- und Gemeinderäte

AALEN: Roland Hamm (roland.
hamm@gmx.de), Cora Berreth
(coraberreth@gmx.de); **BAD
SÄCKINGEN:** Angelo de Rosa
(2066@freenet.de); **BIBERACH:**
Ralph Heidenreich (ralph@
ralph-heidenreich.de); **BRA-
CKENHEIM:** Volker Bohn (volker.
bohn@die-linke-heilbronn.de); **BRETTEN:** Hermann Fülberth
(h.fuelberth@gmx.de); **BRUCH-
SAL:** Thurid Feldmann (info@
thurid-feldmann.de); **FELLBACH:**
Christian Hinrichsen (christian.
hinrichsen@dielinke-rems-murr.
de); **ESSLINGEN:** Werner Bolz-
hauser (kulturamrande@kultu-
ramrande.de), Tobias Hardt (to-
biashardt@web.de); **FREIBURG:**
Michael Moos (michael.moos@
linke-liste-freiburg.de), Hendrik
Guzzoni (hst.guzzoni@web.de),
Ulrike Schubert (ulmischubert@
gmx.de), Lothar Schuchmann
(lothar_schuchmann@gmx.
de); **FRIEDRICHSHAFEN:** Josef
Mayer (seppmayer@buchholz6.
de); **GEISLINGEN:** Holger Schrag
(holger.schrag@sch-it.de); **GÖP-
PINGEN:** Christian Staehle (Stadt-
rat-Staehle@gmx.de), Hüsnyüe
Yalcinkaya; **HEIDELBERG:** Saha
Mirov (sahramirov@google-
mail.com), Bernd Zieger (zieger-
b@t-online.de); **HEIDENHEIM,**
Horst Mack (horst.mack@
linke-heidenheim.de), Norbert
Fandrich (lisa.fandrich@t-online.
de); **HEILBRONN:** Bettina Micha-

elis (bttn.michaelis@googlemail.
com), Hasso Ehinger (ehinger.
hasso@web.de); **KARLSRUHE:**
Nikolaos Fostiropoulos (niko@
fostiropoulos.de), Sabine Zürn
(sabinez@viacanale.de); **KONS-
TANZ:** Holger Reile (h.reile@see-
moz.de), Anke Andrea Schwede
(anke.schwede@polyma.com); **KORNWESTHEIM:** Friedhelm Hoff-
mann (Friedhelm.Hoffmann@
region-stuttgart.org); **LAHR:**
Lukas Obwald (lukas.forstar-
arbeiten@gmx.de), Sonja Rehm
(sonja.kucha@googlemail.com); **LEONBERG:** Gitta Hutter (laluna-
hug@web.de); **LÖRRACH:** Mateo
Di Prima (m.diprima@web.de); **LUDWIGSBURG:** Oliver Kube (oli.
kuba@web.de), Claudia Dziubas
(claudidz@yahoo.de); **MANN-
HEIM:** Thomas Trüper (thomas.
trueper@mannheim.de), Gökyay
Akbulut (goekayakbulut@
gmail.com), Julien Ferrat (julien.
ferrat@yahoo.de); **PFORZHEIM:**
Claus Spohn (claus.spohn@
online.de), Peter Pfeiffelmann
(info@dielinke-pforzheim.de); **REUTLINGEN:** Thomas Ziegler
(ziegler.rae@gmx.de), Jessica
Tatti (jessica.tatti@gmx.de); **ROTTENBURG AM NECKAR:** Ema-
nuel Peter (emanuelpeter@gmx.
de), Christian Hörburger (hoer.
obernau@t-online.de), **SCHWÄ-
BISCH GMÜND:** Sebastian Fritz
(seba-fritz8@web.de), Hubert
Buchstaller (chirurgie-buch@t-
online.de), Cynthia Schneider
(cynthiaschneider24@gmail.
com); **SINDELFINGEN:** Richard
Pitterle (richard.pitterle@
linke-bb.de), Margarete Mohr
(peggy_mohr@gmx.de); **SIPPLINGEN:** Manuel Müller
(mueller.siplingen@gmx.
de); **STUTTART:** Thomas Adler
(tomadler@01019freenet.de),
Laura-Zarita Halding-Hoppenreit
(lauraskingsclub@aol.com),
Christoph Osazek (Christoph.
Osazek@region-stuttgart.org); **TÜBINGEN:** Gerlinde Strasdeit
(strasdeit@t-online.de), Gotthilf
Lorch (gotthilf.lorch@amici-
tue.de), Gitta Rosenkranz (gh.
rosenkranz@googlemail.com),
Felix Schreiber (felix.s@hotmail.
de); **ÜBERLINGEN:** Monika Behl
(monikabehl@gmx.net), Roland
Biniossek (roland.biniossek@
arcor.de); **ULM:** Uwe Peiker
(uwe.peiker@t-online.de), Doris
Schiele (dorisschiele@gmx.net); **VAIHINGEN AN DER ENZ:** Peter
Schimke (peter.schimke@gmx.
de) **WEINHEIM:** Carsten Labud-
da (carsten.labudda@dielinke-
rhein-neckar.de), Matthias
Hördt (mhoerdt@gmx.net); **WALDSHUT-TIENGEN:** Paul Klahn
(paulklahn@gmx.net)





**Wir sagen
Nein zu
TTIP!**

**2016
DIE LINKE.
in den
Landtag!**

www.die-linke-bw.de
www.facebook.de/dielinkebw

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG



DAS MUSS DRIN SEIN.

- Befristung und Leiharbeit stoppen.
- Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV.
- Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst.
- Wohnen & Energie bezahlbar machen.
- Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit.

DIE LINKE.
Kampagne gegen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse.

Mitmachen. Aktiv werden!
■ www.das-muss-drin-sein.de

